

Preis: € 3,00 (AT), -72. Jahrgang | Erscheinungsort: Wien. Österreichische Post AG. MZ 02Z030510 M | ACADEMIA, Lerchenfelder Str. 14, 1080 Wien

Academia

Politik. Wirtschaft. Religion. Kultur.

4

Die Integrationsministerin
im Interview

32

Quo vadis,
Religionsunterricht?

36

Alle raus aus
WhatsApp?

REIZTHEMA MIGRATION

Wie schwer fällt Ankommen in Österreich?



Österreichischer Cartellverband
02|2021 (April)



Richtsteiger – stock.adobe.com

REIZTHEMA MIGRATION

4

„DER RADIKALISIERUNG DEN NÄHRBODEN ENTZIEHEN“

Wilhelm Ortmayr

8

DREI ZENTRALE PUNKTE FÜR EINE EUROPÄISCHE ASYLPOLITIK

Peter Webinger

Ein Jahr ACADEMIA um 15 Euro

Das Jahres-Abo im Umfang von sechs Ausgaben kostet nur 15 Euro und kann per E-Mail an academia@oecv.at oder per Telefon unter +43-1-405 16 22 31 bestellt werden. Es genügt auch einfach eine Überweisung des Abonnement-Preises auf das Konto AT11 3200 0002 1014 5050 (Academia) unter Angabe der Zustelladresse.

12

HEIMISCH WERDEN ODER NICHT?

Wilhelm Ortmayr

15

VON DER EINÄUGIGKEIT BIS ZUR ESKALATION

Wilhelm Ortmayr

16

HALB LEGAL EIN HALBES LEBEN LANG?

Wilhelm Ortmayr

18

WIE VIEL INTEGRATION KANN SCHULE SCHAFFEN?

Lucas Kröll

21

SPURLOS GEBLIEBEN SIND MIGRANTEN EIGENTLICH NIE

Philipp Jauernik

25

GEH UND HANDLE DANACH!

Lucas Semmelmeier

29

UMDENKEN, RICHTUNG WECHSELN UND BRÜCKEN BAUEN

Günther Tengel

30

DAS ETHISCH RICHTIGE UND DIE TOLERANZ

Michael Jahn

32

QUO VADIS RELIGIONSUNTERRICHT?

Florian Wolf

35

KATHOLISCHE SOZIALLEHRE, CHRISTLICHE DEMOKRATIE UND DIE ÖVP

Peter Diem

36

FACEBOOK LIEST MIT?

Wolfram Kreipl

39

HELIKOPTERELTERN TREFFEN AUF DIE GENERATION SCHNEEFLOCKE

Wolfgang Türtscher

40

INTELLIGENTE STRATEGIEN STATT PANISCHER ABLEHNUNG

Florian Kamleitner

42

HASSERFÜLLT UND SCHÄBIG

Herbert Kaspar

44

BEMERKENSWERTE ERKENNTNISSE

Paul Hefelle

34/45

REZENSIONEN

46

LESERBRIEFE

LIEBE LESER!

Es waren die Jahre 2015 bis 2018, in denen das Thema Migration/Integration die Politik völlig dominiert hatte, ehe es vom Klimawandel und dann von der seit gefühlten Ewigkeiten wütenden Pandemie abgelöst wurde. Doch zwei Ereignisse in den vergangenen Monaten haben uns veranlasst, den Fokus dieser Ausgabe der ACADEMIA wieder auf Integrationsfragen zu lenken. Der Amoklauf eines hier geborenen jungen Mannes mit Migrationshintergrund vom 2. November und die Abschiebung einer 12-jährigen Gymnasiastin in eine „Heimat“, die nicht ihre ist. Bei näherem Hinsehen zeigen beide Ereignisse, wie weit Realität und offizielle/publizierte Meinung in Fragen der Zuwanderung auseinanderklaffen.

Susanne Raab, Ministerin für Integration spricht im Inter-

view viele der offensichtlichen Probleme und Defizite deutlich an, sie skizziert aber auch Chancen und Ziele. Peter Webinger (Rp), Leiter der Fremdensektion im BMI analysiert im Anschluss die Flucht- und Migrationsbewegungen, mit denen Europa derzeit und in Zukunft konfrontiert sein wird.

Zu Wort kommen indirekt auch viele Menschen, die tagtäglich mit Zuzüglern, Migranten und Asylwerbern zu tun haben und den Status quo wirklich kennen. Ihr Befund ist nüchtern, das Glas weder halb voll noch halb leer. Ähnliches gilt für unsere Schulen, in denen vieles für die Integration geleistet wird, aber nicht alles geleistet werden kann, wie Jungredakteur Lucas Kröll (Rp) berichtet. Philipp Jauernik (FlP) wirft einen Blick zurück und stellt fest, dass es Migration

gibt, seit es Menschen gibt, Lucas Semmelmeier (Rt-D) sucht nach christlichen Handlungsanleitungen im Spannungsfeld zwischen Nächstenliebe und Rechtsstaatlichkeit.

Michael Jan (Pan), Florian Wolf (Alp) und Peter Diem (Rd) greifen im Anschluss Themen auf, die in den jüngsten Ausgaben der ACADEMIA thematisiert wurden. Es geht um Moral und Ethik, um die Zukunft des Religionsunterrichtes und die Frage, wieviel Katholische Soziallehre noch drinsteckt in der Neuen ÖVP.

Aufklärung in heiklen Fragen des Datenschutzes und des Ressourcenmanagements (sowie den Rat kühlen Kopf zu bewahren) bieten die Artikel von Wolfram Kreipl (Vi, Lo) und Florian Kamleitner (Rd, Vt), ehe Politologe Paul Hefelle (F-B) einen Blick in



Roman Sandgrubers (Am) neuess Buch über Hitlers Vater wirft, das dank bisher unbekannter Quellen einen neuen Blick auf die Jugend des Diktators bietet.

Angenehmes Lesevergnügen und ein gesegnetes Osterfest wünscht

Wilhelm Ortmayr (Lo, NdW)
Chefredakteur

Academia Ausgabe 2/2021 (April).

Medieninhaber: Cartellverband der katholischen österreichischen Studentenverbindungen (ÖCV). **Mit der Herausgabe beauftragt:** Gerhard Jandl.

Chefredakteur: Wilhelm Ortmayr. **Redaktion:** Florian Kamleitner, Lucas Semmelmeier, Herbert Kaspar, Gerhard Hartmann.

Layout: Stephanie Seiler. **Verlagsleitung:** Gerhard Jandl. **Redaktionsmanagement:** Maximilian Bähr.

Adresse (alle): Lerchenfelder Straße 14, 1080 Wien; +43 1 405 16 22-31; academia@oecv.at; www.academia.or.at.

Reproduktion/Druck: Print Alliance HAV Produktions GmbH, 2540 Bad Vöslau.

Fotos/Grafiken (sofern nicht anders angegeben): ACADEMIA-Archiv, ÖCV-Archiv, Adobe Stock, Pixabay privat. **Cover:** Adobe Stock.

Verkaufspreis: EUR 3,00. **Abo:** EUR 10,00/Jahr (Studenten), EUR 15,00/Jahr (Normalpreis). **Verkaufsstellen:** Wien 8, ÖCV-Sekretariat, Lerchenfelder Straße 14; Wien 15, Trafik Lippa, Mareschgasse 32. Bruck/M.: Trafik Kamper, Herzog-Ernst-Gasse 23.

Hartberg: Trafik Denkmeyr, Kirchengasse 6. Innsbruck: Trafik Wacker, Museumsstraße 38; Trafik Sezemsky, Brunecker Straße 1.

Hinweise: Beiträge, die die offizielle Meinung des ÖCV wiedergeben, sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Publikationen stellen nur die persönliche Meinung des Autors dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewährleistung übernommen.

Redaktionell abgeschlossen am 17.3.2021.

„DER RADIKALISIERUNG DEN NÄHRBODEN ENTZIEHEN“

Integration in Österreich – selbst für hier Geborene ist das kein Selbstläufer. Werden Gescheiterte automatisch zu gewaltbereiten Fanatikern? Susanne Raab, Bundesministerin für Frauen, Familie, Jugend und Integration im ACADEMIA-Gespräch über Terror und islamistischen Mob, falsche Erwartungen, klare Grenzziehungen und die Schlüsselrollen von Müttern und Söhnen.



Was haben Sie persönlich empfunden am Abend des 2. November?

Ich war völlig bestürzt, dass der islamistische Terror in dieser Dimension jetzt auch Österreich erreicht hat. Wir haben die Terrorakte in mehreren europäischen Ländern gesehen – dass wir das nun auch in Österreich in dieser Brutalität erleben mussten, hat mich schockiert und zutiefst traurig gemacht.

Der Attentäter ist in Österreich aufgewachsen. Was müssten wir tun, um zu verhindern, dass Integrationsprozesse so schief laufen?

Radikalisierungsbiografien sind sehr unterschiedlich und sie bestehen aus verschiedensten Aspekten, das sehen wir in ganz Europa. Sie beinhalten meist auch den Integrationsaspekt, den Persönlichkeitsaspekt, also dass

sich jemand frustriert und leer fühlt und sich dadurch radikalieren lässt, aber auch viele weitere mögliche Komponenten. Was aber in allen Biografien gleich ist: Dass es immer irgendwo einen ideologischen Nährboden gibt, entweder im Internet oder in einer Organisation, wo Radikalisierung stattfindet und diese Ideologie verbreitet wird.

Daher sage ich, dass gescheiterte Integration nicht automatisch Radikalisierung bedeutet. Natürlich kann das ein wichtiger Faktor sein, aber umgekehrt muss man sehen, dass auch jemand, der gut integriert ist, radikalisiert werden kann.

Wir müssen also primär dorthin sehen, wo diese Radikalisierung stattfindet und diese gefährliche Ideologie – der politische Islam – verbreitet wird. Der ganze Nährboden wird ja institutionell aufbereitet. Wenn wir gegen die-



Die Teilnahme der Bevölkerung nach dem Attentat vom 2. November war groß.

se Organisationen vorgehen und sie zerschlagen, haben wir die Basis zerstört, auf der Radikalisierung stattfindet.

Sind diese Strukturen tatsächlich bekämpfbar?

Es braucht mehr Mittel und Möglichkeiten für die Behörden. Wir haben erlebt, wie schwierig es war, radikale Moscheen zu schließen und gegen das Vereinswesen dahinter vorzugehen. Die Staatsanwälte brauchen mehr Möglichkeiten. Der Innenminister hat große Razzien gegen die Muslimbrüder durchgeführt, auch das ist neu in dieser Form. Wir konnten mit dem Extremismpaket vieles gesetzlich verankern, das hier hilft – auch einige „Meilensteine“, mit denen jahrelange Forderungen der Experten umgesetzt worden sind, um besser gegen den politischen Islam vorgehen zu können.

Sozialarbeiter oder Deutschlehrer berichten oftmals, dass viele Migranten überhaupt kein Interesse hätten, unsere Gesellschaftsordnung und Lebensweise zu übernehmen. Schlichtweg, weil sie ihre bisherige für besser und überlegen halten. Was sagen Sie diesen Gruppen?

Es hängt immer davon ab, welchen Rucksack an Bildung, Werten und Sozialisation Menschen mitbringen. Je nachdem ist der Integrationsprozess dann leichter oder schwieriger. Wenn Menschen aus Gesellschaftssystemen zu uns kommen, wo jahrelang Krieg herrschte, wo die Jugendlichen niemals eine Schule besucht haben oder wo es üblich ist, dass Frauen sich voll verschleiern und Mädchen zwangsverheiratet werden, dann ist es natürlich eine besondere Herausforderung für den Zuwanderer,

sich in das neue System einzubringen, die neuen Freiheiten anzunehmen und sie schätzen zu lernen. Hier braucht es auch eine klare Haltung, dass unsere Freiheiten und Rechte, dass unser Gesellschaftssystem nicht verhandelbar ist.

Teilen wir das den Neuankömmlingen klar genug mit?

Wir haben jahrelang den Fehler gemacht, falsche Toleranz zu üben und Grenzüberschreitungen nicht anzusprechen. Gutes Beispiel ist und bleibt das Händeschütteln. Wenn mir als Frau

ein Mann nicht die Hand geben will, muss ich klar zum Ausdruck bringen, dass ich das überhaupt nicht in Ordnung finde. Die Bundesregierung hat daher in den letzten Jahren „Integration“ viel konsequenter definiert. Es gibt wirklich viele Angebote, vor allem Deutsch zu lernen, aber auch zahlreiche Beratungen und Integrationskurse – aber es gibt gleichzeitig auch die Pflicht, daran teilzunehmen. Und wer sich nicht bemüht, dem werden die Sozialleistungen gekürzt. Leistung einzufordern ist ein sehr zentrales Element einer vernünftigen Integrationspolitik.

„Wir haben jahrelang den Fehler gemacht, falsche Toleranz zu üben und Grenzüberschreitungen nicht anzusprechen.“

Dennoch erleben wir einen Trend der Re-Türkisierung mit negativen Folgen, etwa für die Deutschkenntnisse von Kindern. Gut integrierte Türken und Türkinnen heiraten Partner aus der Türkei, die hier nicht mal Deutsch lernen müssen. Warum eigentlich nicht?

Ursprünglich bestand auch für Familiennachzug, also vor allem Ehepartner, die aus der Türkei nach Österreich kamen, die Pflicht, Deutsch zu lernen. Der EuGH hat diese Bestimmung aber 2014 aufgehoben. Dennoch gilt unsere Integrationsvereinbarung, in der der Spracherwerb sehr wohl verankert ist, auch für Türken und Türkinnen, die nach Österreich heiraten.

Man hat aber nicht unbedingt das Gefühl, dass unter jungen Türkinnen unser Werte- und Gesellschaftsmodell als erstrebenswert gilt. Emanzipation findet schlichtweg nicht statt, auch weil die jungen Mädchen sie dezidiert nicht wollen. Müssen wir das so akzeptieren?

Ich bin überzeugt, man muss da viel früher ansetzen, nämlich bei den ersten Schritten im Bildungssystem. Wir müssen schon im Kindergarten und später in den Schulen klarstellen, dass wir als Frauen und Mädchen in Österreich Selbstbestimmung haben und was unsere Werte bedeuten, für die wir als Frauen jahrzehntelang

Signal gewesen, diese Selbstbestimmtheit von Mädchen und jungen Frauen in unserem Bildungs- und Gesellschaftssystem zu stärken und zu untermauern.

Wichtig ist also: Früh anfangen und vor allem auch die Buben ansprechen. Auch ihnen müssen wir schon sehr früh sagen: „Es geht sich bei uns nie und nimmer aus,

Integrationsarbeit und in der Schule.

Mütter sind die Integrationsmotoren schlechthin. Ihre Lebens- und Denkweise wirkt sich auf die nächste Generation aus. Haben wir da noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten?

Die Herausforderungen sind sehr unterschiedlich. Bei Menschen mit türkischem Migrationshintergrund beispielsweise haben wir gerade bei Frauen etwa eine sehr niedrige Erwerbsbeteiligung. Hier sind Frauen nur sehr selten am Arbeitsmarkt zu finden, was auch wieder eine Vorbildwirkung für die Kinder hat. Diesen Kreislauf gilt es zu durchbrechen. Einerseits durch Bewusstseinsbildung in den Schulen, andererseits durch verpflichtende Deutschkurse, die fit machen für den Arbeitsmarkt, und durch qualifizierende Kurse, die die Frauen thematisch interessieren, zum Beispiel im Gesundheits- und Familienbereich.

„Wenn man da nicht ganz am Anfang ansetzt, wird es schwierig, die erlernten Muster dann im jungen Erwachsenenalter zu durchbrechen.“

gekämpft haben. Wenn man da nicht ganz am Anfang ansetzt, wird es schwierig, die erlernten Muster dann im jungen Erwachsenenalter zu durchbrechen. Daher bedauere ich als Integrations- und Frauenministerin sehr, dass das Kopftuchverbot vom VfGH gehoben wurde. Denn es wäre ein sichtbares

dass du beispielsweise die WhatsApp Nachrichten deiner Schwester kontrollierst, dass du den Mädchen sagst, was haram und halal ist, dass du ihnen sagst, wie sie sich kleiden und ob sie Kopftuch tragen sollen oder nicht.“ Wir müssen im Kampf gegen patriarchale Kulturen die Burschen mitnehmen, in der





Im Lockdown hört man oft, dass in Brennpunktregionen bis zu einem Viertel der Schüler „nicht erreichbar“ seien. Mir scheint jedoch eher, dass viele schlichtweg nicht erreichbar sein wollen. Warum ist es so schwer, Migranten in die schulparterschaftliche Gemeinschaft zu holen?

Es gibt auch hier extreme Unterschiede. Teils kommen Akademiker nach Österreich, teils müssen wir, wie bei den Afghanen, tatsächlich bei der Alphabetisierung im lateinischen Alphabet ansetzen. Dementsprechend unterschiedlich ist auch die Bereitschaft, die Bildungskarriere der eigenen Kinder aktiv mitzugestalten. Wir wollen das unbedingt intensivieren. Es gab im Sommer Elternkurse – für die Eltern jener Kinder, die in den Deutschklassen der Sommerschule waren. Das hat grundsätzlich gut funktioniert, nur haben viele dieses freiwillige Angebot leider nicht wahrgenommen. Nun suchen wir

nach Möglichkeiten, diese Elternkurse verbindlicher zu gestalten. Auch Zuwanderer müssen mit den Lehrern ihrer Kinder sprechen, müssen sich mit den Noten und der Situation des Kindes auseinandersetzen und zum Elternsprechtag gehen.

Sozialarbeiter im Flüchtlingswesen beklagen oft, dass zu viele gut integrierte, leistungswillige und sprachgewandte Asylwerber abgeschoben würden, während wenig Engagierte bleiben könnten? Beschert uns der Rechtsstaat die Falschen?

Es gibt hier die sehr klaren Bestimmungen des Rechts und natürlich den subjektiven Blickwinkel auf persönliche Schicksale, der natürlich oft vorgebracht wird. Aber ich bin überzeugt: Wenn man die Systematik durchbricht und Menschen, die keinen Asylgrund haben, in Europa bleiben dürften, führt sich das gesamte Asylwesen ad absur-

dum. Darüber hinaus wird ohnehin bei jedem Asylwerber, dessen Antrag abgelehnt wird, geprüft, ob eine Außerlandesbringung zulässig ist.

Insgesamt ist es aber wichtig, dass wir ein tragfähiges Asylsystem haben, das unterscheidet zwischen Menschen, die aus triftigem Grund nach Österreich gekommen sind, nämlich um vor Verfolgung zu flüchten, und jenen, die aus anderen Gründen nach Österreich kommen wollen. Aus Sicht des Arbeitsmarktes wird vermutlich auf längere Zeit keine Notwendigkeit nach Zuwanderung im minderqualifizierten Bereich bestehen. Umso wichtiger ist es, dass unser Asylrecht und die europäische Politik sicherstellen, dass eine Flüchtlingskrise wie 2015 nicht mehr stattfindet. Mit den Folgen haben wir bis heute zu kämpfen und werden auch die nächsten Jahre noch damit zu tun haben.

Die Silvesternacht in Favoriten: Ein überzogener

Streich frustrierter, dummer Lausbuben oder eine echte Kampfansage an unser System?

Es ist höchst schockierend und auf allen Ebenen ernst zu nehmen, denn das sind gesellschaftliche Entwicklungen, die wir in Österreich auf keinen Fall haben wollen. Wir werden gegen alle antidemokratischen und antirechtsstaatlichen Aktivitäten ankämpfen, die unsere Lebensweise und unsere Grundsätze in Frage stellen. Das war kein Lausbubenstreich, sondern wir haben brutale Szenen und Angriffe auf Polizistinnen gesehen, die wütend machen.

Wir müssen ganz klar Stellung beziehen auf allen Ebenen. Im Integrationsbereich müssen wir deutlich machen, was wir erwarten, und wer zuwiderhandelt, hat mit harten Strafen zu rechnen. Antidemokratische Tendenzen werden wir in Österreich nicht akzeptieren.

DREI ZENTRALE PUNKTE FÜR EINE EUROPÄISCHE ASYLPOLITIK

Die Entwicklungen der letzten Wochen und Monate zeigen es: In immer schnellerer Abfolge werden Staaten, Staatenbünde und ihre Bürger mit fundamental neuen Gegebenheiten konfrontiert. Unsere Systeme kommen kaum zur Ruhe. Die „Gesundheitskrise“ ist Ursache einer akuten „Wirtschaftskrise“, während uns die Finanzkrise 2008 noch in den Gliedern steckt und uns die düsteren Vorboten des Klimawandels seit Jahren begleiten. Dies alles steigert auch die Gefahr einer neuerlichen „Migrationskrise“.

PETER WEBINGER



Es ist uns allen noch als enorme Herausforderung in Erinnerung – das *anno migrationis* 2015. In einem einzigen Jahr strömten deutlich über eine Million Menschen nach Europa, die sich aber nur auf wenige der damals noch 28 Mitgliedstaaten der Union verteilten. Für alle war die Überbelastung der Betreuungs- und

Asylsysteme offensichtlich und wurde als Krisenzustand wahrgenommen. In Österreich haben sich die monatlichen Asylantragszahlen innerhalb von wenigen Monaten verdreifacht. Langsamer zutage tretende, aber daraus resultierende Entwicklungen in den unterschiedlichen Kooperationsystemen unserer Ge-

sellschaft – wie Sozial- und Bildungssystem, Wohnungssektor und Sicherheitsbereich – wurden und werden erst nach und nach sichtbar. Anfang 2020 wurde uns die Verletzlichkeit der europäischen Außengrenze erneut vor Augen geführt, als tausende Migranten über Wochen versuchten die grie-

chisch-türkischen Grenze zu überschreiten. Teilweise weil ihnen falsche Informationen von einer angeblichen Grenzöffnung auf ihre Smartphones transportiert wurden, teilweise weil sie dazu auch mit Gewalt gezwungen wurden.

Vielen Verantwortungsträgern in der EU ist bewusst,

dass sich Ereignisse wie 2015, die innerhalb kürzester Zeit auch zu einem Abbau des Vertrauens – die Essenz des stabilen Staates – geführt haben, nicht mehr wiederholen dürfen. Dazu ist es in sich rasch wandelnden Zeiten erforderlich, dass rechtzeitig auf neue Gegebenheiten reagiert werden kann. Durch ein Antizipieren von möglichen Veränderungen ist es staatlicherseits im besten Fall möglich, der Handlungsmaxime „Aktion vor Reaktion“ zu folgen. Dazu tragen vorausschauende Analysen gleichermaßen bei, wie auch Maßnahmen, die sich den Ursachen und nicht nur den Symptomen von Migration widmen. Jeder Beitrag vor Ort ist auch ein Beitrag dazu, dass sich weniger Menschen in die Hände von Schleppern

begeben und weniger Menschen die oft lebensgefährliche Reise wagen.

SEHR GEMISCHTE MIGRATIONSSTRÖME

Auch wenn das Thema Migration im Fortlauf des Jahres 2020 durch andere Prioritäten – insbesondere die Covid-19 Pandemie – überlagert wurde, besteht doch kein Zweifel, dass die Schaffung eines resilienten, zukunftssicheren, fairen und humanen Asyl- und Migrationssystems eine der Schlüsselfragen des 21. Jahrhunderts darstellt. Dazu hat die EU im Herbst 2020 einen Plan vorgelegt.

Weltweit sind derzeit laut dem UNHCR ca. 80 Millionen Menschen auf der Flucht, hunderte Millionen weitere

Migranten befinden sich im Moment aus diversen Gründen außerhalb ihres Heimatlandes, sei es aus wirtschaftlichen Motiven, auf Grund von Umweltkatastrophen oder aus anderen Gründen.

In der Realität handelt es sich bei den Migrationsbewegungen nach Europa um „gemischte Migrationsströme“ aus Flüchtlingen und Migranten, für die jedoch völlig unterschiedliche rechtliche Rahmenbedingungen gelten. Für Flüchtlinge legt die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) die Rechte und Pflichten von Flüchtlingen fest. Die Flüchtlingskonvention wurde in einer Zeit vor der dynamischen Globalisierung geschaffen und geht konzeptionell von Fluchtbewegungen von einem Staat in den

nächstgelegenen sicheren Staat aus. Jedenfalls ist kein Recht auf unbeschränkte Migration und freie Wahl des „Ziellandes“ verankert.

TRANSKONTINENTALE MEHRHEITEN

Ein Blick auf die Geschichte Österreichs zeigt, dass die großen Fluchtbewegungen nach Österreich im 20. Jahrhundert im Wesentlichen von einem Nachbarstaat in den nächsten stattgefunden haben und Menschen betrafen, mit denen man über Jahrhunderte oder zumindest viele Jahre in einem großen Imperium über Rechtsnormen und Identifikationssymbole verbunden war. Ungarn, Böhmen und selbst Bosnien waren Teile der K&K Monarchie.

DAMIT AUS „GUT GEMEINT“ NICHT DAS GEGENTEIL VON GUT WIRD

In Anbetracht der weltweit großen Zahl von in Armut lebenden Menschen, darunter vielen Kindern, müssen folgende Leitsätze zur Anwendung gebracht werden:

- Es gilt jeglichen Anreiz zu vermeiden, dass sich Menschen auf eine lebensgefährliche Reise begeben, versuchen eine Insel zu erreichen, in der Hoffnung von dort innerhalb Europas verteilt zu werden. Damit lockt man Menschen auf Boote. Keine Person soll in der Krisenregion einen Nachteil gegenüber einer anderen Person erleiden, die vorher eventuell sogar mit Kindern das Leben in die Hände skrupelloser Schlepper und in seeuntüchtige Boote gelegt hat.
- Jeder Euro, der vor Ort investiert wird, kann wesentlich mehr bewirken und hat mehr Hebelwirkung als ein in Europa investierter Euro. Paul Collier, Professor in Oxford, hat anhand von Daten der Bundesrepublik Deutschland für Flüchtlinge ebendort und den Ausgaben von UNHCR für die Betreuung von Flüchtlingen weltweit eine grobe

Kalkulation vorgenommen. Danach werden für zehn Prozent der Flüchtlinge, die es nach Europa schaffen, 90 Prozent der Mittel ausgegeben. Das heißt aber auch im schockierenden Umkehrschluss: für 90 Prozent der Schwächsten und Ärmsten werden derzeit in deren Herkunftsregionen und Erstaufnahmestaaten nur zehn Prozent der Mittel aufgewendet.

- Daher gilt es Menschen so nahe wie möglich am Krisenherd und in der Region zu helfen. Unser Augenmerk kann sich nicht nur auf die Wenigen richten, also die finanziell und körperlich Stärksten, die über gefährliche Migrationsrouten und unterstützt von Schleppern die Europäische Union erreichen. Eine Verbesserung ist für möglichst viele Schutzbedürftige unabhängig von ihrer geographischen Position anzustreben.
- Da die Unterstützung in den Herkunftsstaaten oft nicht möglich ist, hat der Fokus auf Erstaufnahmestaaten zu liegen.

Mit den beginnenden 2000er Jahren veränderte sich das Wesen der Zuwanderung durch die zentralen Elemente der Globalisierung – Mobilität und zunehmend vernetzte Kommunikation. Im Vordergrund steht nun nicht mehr kontinentale Nachbarschaftsfluchtmigration, sondern transkontinentale Migration aufgrund unterschiedlicher Ursachen. Von den rund 14.000 im Jahr 2020 in Österreich gestellten Asylanträgen stammten nahezu zwei Drittel der Schutzsuchenden aus Syrien, gefolgt von Afghanistan und Marokko. Zur Anerkennungsquote in die EU: Die Europäische Kommission stellt in der Begründung der Verordnung zur Einführung eines gemeinsamen Verfahrens zur Gewährung internationalen Schutzes fest, dass der Anteil von Schutzsuchenden in der Europäischen Union, die aus Ländern mit Anerkennungsquoten von weniger als 20 Prozent kommen, von 13 Prozent im Jahr 2015 auf 55 Prozent im Jahr 2018 gestiegen ist. Die Aus-

wirkungen der wirtschaftlichen Implikationen durch Covid-19 und das sich vergrößernde Wohlstandsgefälle innerhalb weniger Kilometer werden diesen Trend wohl in den nächsten Jahren noch verstärken.

EIN NEUER PAKT FÜR EUROPA

Eine wirklich europäische Lösung steht vor der Aufgabe, die Dichotomie zwischen Außengrenzstaaten und Binnenstaaten zu beenden. In den Verhandlungen zum Pakt gilt es verbindende statt trennender Elemente zwischen den Mitgliedstaaten in den Vordergrund zu rücken und gemeinsam neue Wege für einen innovativen, integrierten Ansatz zu schaffen. Diese muss auf drei Faktoren basieren:

1. Die externe Migrationspolitik

Für die Bewältigung globaler, gemischter Migrationsströme – die TOP 10 der

Herkunftsländer von Asyl-antragstellern in der EU umfassten 2019 Länder von Afghanistan über Syrien bis Nigeria und Venezuela – braucht es naturgemäß globale Lösungen: Eine starke externe Migrationspolitik, die bereits in Drittstaaten ansetzt, ist daher für jede zukunftsweisende Migrationspolitik unverzichtbar. Völkerrechtlich möglich ist die Kooperation mit „sicheren Drittstaaten“, damit Flüchtlinge bereits dort Schutz finden. Diesen Grundsatz gilt es im EU-Acquis deutlich zu stärken und durch finanzielle Investitionen in die Schutzkapazitäten und Perspektiven in den Herkunftsregionen zu fördern.

2. EU-Außengrenzschutz durch integrierten Grenzschutz

Wer im Inneren des Schengenraums Freizügigkeit möchte, der muss gleichzeitig einen effektiven Europäischen Außengrenzschutz bejahen. Hier wurden in den

letzten Jahren einige gute Fortschritte erzielt. Die Effekte der Umsetzung der neuen Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (bisher: FRONTEX) sowie diverser IT-Großsysteme werden hoffentlich bald noch deutlich sichtbarer.

Ein zentraler Puzzlestein fehlt hierbei allerdings noch: Noch vor Einreise in die EU müssen Identität, potenzielle Sicherheitsrisiken sowie die Aussicht auf Asyl der Antragsteller zweifelsfrei festgestellt werden. Zwecks besserer Steuerung gemischter Migrationsströme sollen innerhalb weniger Tage jene Personen rasch identifiziert werden, denen aller Voraussicht nach kein Schutz gewährt werden wird.

Ziel des Grenzverfahrens ist es, eine beschleunigte Bearbeitung von Anträgen auf internationalen Schutz unter uneingeschränkter Achtung der Grundrechte zu ermöglichen. In der derzeitigen Vorlage der Kommission ist



der Anwendungsbereich dieses Grenzverfahrens jedoch stark eingeschränkt. Lediglich Anträge jener Personen, welche die Behörden täuschen, eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellen oder aus Staaten mit niedrigen Anerkennungsquoten kommen, sollen im Rahmen eines verpflichtenden Grenzverfahrens geprüft werden. Bestimmte Personengruppen werden grundsätzlich ausgenommen: beispielsweise unbegleitete Kinder und Familien mit Kindern unter zwölf Jahren. Gerade für diese besonders schutzbedürftige Gruppe dürfen wie erwähnt keine Anreize geschaffen werden, damit sie nicht Risiken entlang der Migrationsrouten nach Europa ausgesetzt werden. Die Anknüpfung an das Alter von Schutzsuchenden birgt darüber hinaus die Gefahr, schutzbegehrende Personen hierdurch zu ermutigen, Falschangaben bezüglich ihres Alters zu machen und lässt praktische Schwierigkeiten im Hinblick auf eine Altersfeststellung mangels vorhandener Identitätsdokumente erwarten.

Eine besondere Herausforderung stellen Seegrenzen dar: Hier gilt es klar zwischen der Verpflichtung zur Rettung von Menschenleben in Seenot sowie der Frage der Ausschiffung zu differenzieren. Nur durch konsequente Verbringung in sichere Nachbarstaaten nach der Rettung kann ein massiver Pull-Faktor im Mittelmeer (bzw. aktuell vermehrt im Atlantik

Richtung Kanarische Inseln) vermieden und damit dem tausendfachen Ertrinken vorgebeugt werden.

Schengen und das europäische Asylsystem sind damit zwei Seiten der gleichen Medaille, die einander bedingen: Nur ein effektiver Schutz der Außengrenzen, klare und durchsetzbare Zuständigkeitsregeln für Asylwerber sowie die Verhinderung von illegaler Sekundärmigration, also eines Weiterwanderns innerhalb Europas, ermöglichen eine zukunftsfähige Lösung.

3. Flexible und verpflichtende Solidarität

Die in einem derartigen System mehrbelasteten EU-Staaten müssen dabei auf ein verlässliches System der verpflichtenden, aber flexiblen Solidarität aller Mitgliedstaaten bauen können. Ein reiner Fokus auf „Umverteilung“ von Asylantragstellern ist dabei als gescheiterter, nicht mehrheitsfähiger Ansatz anzusehen, weshalb es Alternativen wie die eines integrierten Grenzschutzes bedarf. Im Bereich des Grenzschutzes sind Elemente der Führung von Asylverfahren an der Außengrenze, die Möglichkeit der Rückführung von irregulären Migranten direkt von der Außengrenze sowie eine starke unterstützende Rolle der künftigen Europäischen Asyl-Agentur (EUAA) und der europäischen Grenzschutzagentur zu verbinden. Dieser Zugang ist um finanzielle Ausgleichsmaß-



nahmen aus dem EU-Budget sowie eine gemeinsame Umsetzung der externen Migrationspolitik zu ergänzen. Gerade Staaten wie Österreich, das allein seit dem Jahr 2015 über 124.000 Menschen Schutz gewährt bzw. seit 2015 mehr Asylanträge verzeichnet hat als 14 andere EU-Mitgliedstaaten (darunter Dänemark, Tschechien, Luxemburg, Portugal u.v.m.) zusammen, sollten die Möglichkeit haben, ihre Solidarität auch an der europäischen Außengrenze oder direkt in der Region zu zeigen.

Der von der Europäischen Kommission im Herbst 2020 vorgelegte EU-Pakt bietet zu vielen der aufgeworfenen Fragen eine taugliche Verhandlungsgrundlage, bedarf jedoch auch in vielen Bereichen noch einer differenzierteren Weiterentwicklung. Es gilt sich daher konstruktiv und kreativ in die Verhandlungen in Brüssel einzubringen, um ein wirklich neues, nachhaltiges Asyl- und Migrationssystem zum Vorteil Österreichs, der gesamten EU und aller verfolgten Menschen zu erreichen.



Mag. Peter Webinger (Rp)

ist Leiter der Sektion V (Fremdenwesen) im Bundesministerium für Inneres.

HEIMISCH WERDEN ODER NICHT?

THESEN ZUM ANKOMMEN IN ÖSTERREICH

Wie gut funktionieren Migration und Integration in Österreich? Ein Blick hinter die Kulissen offenbart Positives, aber auch viele Fehlentwicklungen. Sie zu korrigieren ist schwierig, denn der Blick der Öffentlichkeit wird gezielt auf einzelne Ausnahmefälle gelenkt. Abseits davon wird vieles schöngeredet oder der Mantel des Schweigens ausgebreitet. Doch wer genau hinhört, dem zeigen sich auch Gegenbilder. Hier gefasst in 16 Thesen.

WILHELM ORTMAYR

1. Es gibt für jede These ein gutes Beispiel, meistens sogar viele. Einige der Betroffenen kennt man sogar persönlich. Es gibt für jede These ein gutes Gegenbeispiel, meist sogar viele. Einige der Betroffenen kennt man sogar persönlich.

2. DEN Flüchtling, DIE Zugezogene, DIE Afghanen oder DEN Afrikaner gibt es nicht. Schon gar nicht DEN Türken. Und DIE Rumänen sind, wie viele meinen, sowieso ein eigenes Kapitel. Innerhalb aller Gruppen (Communities) bestehen Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten. Die Homogenität innerhalb der Sozietäten ist jedenfalls geringer, als Außenstehende vermuten würden, die sozialen Bindungen hingegen sind stärker und vielschichtiger als unter Österreichern.

3. Deutlich weniger Flüchtlinge/Zugewanderte als gemeinhin angenommen (be-

ziehungsweise publiziert) wollen langfristig in Österreich bleiben oder sich hier tatsächlich integrieren. Das Gros arrangiert sich bestenfalls – unter Maßgabe jener Vorgaben, die Österreich definiert und einfordert.

4. Hauptgrund für den Aufenthalt in Österreich sind die guten Sozialleistungen, das hohe Ausbildungsniveau für die Kinder, die guten Verdienstmöglichkeiten und die soziale Absicherung. Österreich wird als Auswanderungsland oder Fluchtziel bewusst gewählt, es steht auf der Liste der erstrebenswerten Zielländer sehr weit oben, was auch mit den oft in Abrede gestellten „Pull-Faktoren“ zu tun hat.

5. Es bleiben die Falschen! Das österreichische Asyl- und Fremdenrecht orientiert sich bei der Erteilung von Asylstatus und Aufenthalts-



recht fast ausschließlich an Fluchtgründen und der Frage der Schutzbedürftigkeit. Integrationsbereitschaft bzw. -fähigkeit der Betroffenen werden kaum ins Kalkül gezogen. Dies führt nicht selten dazu, dass Personen mit starker Arbeits- und Leistungsbereitschaft, guten Deutschkenntnissen und hoher Vorbildung Österreich wieder verlassen müssten, während absolute „Problemfälle“ in sozialer und integrativer Hinsicht Bleiberecht bekommen oder ihre Abschiebung gekonnt verhindern.

Dieser Umstand sorgt bei immer mehr Österreichern für Unmut und stellt die gesamte asyl- und fremdenrechtliche Praxis in Frage.

6. Wer eher geringe Aussichten auf Asylgewährung hat, integriert sich oftmals besser und offensiver. Sozialarbeiter bei Kommunen und Ländern sprechen von der „Hängematte“, in der sich die „eindeutigen Fälle“ unter den Asylwerbern (und damit spätere Asylberechtigte) „ausruhen“ würden. Was einer gelungenen Inte-

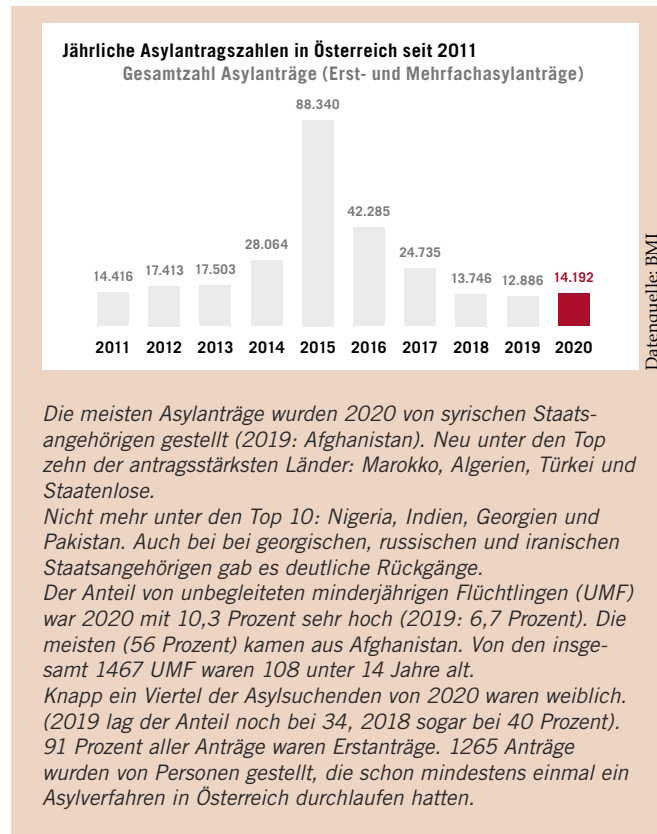
gration abträglich, subjektiv aber verständlich sei. Viele von ihnen hätten abenteuerliche und teils entwürdigende Fluchten (speziell junge Frauen) hinter sich – durchgestanden stellvertretend und als Bahnbrecher für die ganze Familie im Herkunftsland. Das schaffe das Gefühl, nun ein „Ausrasten“ verdient zu haben.

ARBEIT INTEGRIERT IMMER WENIGER

7. Der österreichische Arbeitsmarkt hat seit Jahren so gut wie keinen Bedarf an „Arbeitskräften ohne nennenswerte Ausbildung“, zu denen der überwiegende Teil der Asylsuchenden oder Asylberechtigten gehört.

Zudem drängen auch Personen, die eigentlich höher qualifiziert sind, ihre angestammten Berufe aber wegen der Sprachbarriere (etwa Lehrer) oder wegen fehlender Nostrifizierungen (Gesundheitspersonal) nicht ausüben können, in niedrigere Job-Kategorien. Tatsächlich gehen Akademikerinnen aus Afrika oder Asien putzen – einfach um wenigstens irgendetwas zu verdienen. „Ankommen durch Integration am Arbeitsplatz“ kann somit nur einem Teil der Zuwanderer gelingen – und der ist überwiegend männlich. Die Integration von Frauen in die Arbeitswelt schwächelt nach wie vor – mit wenig erfreulichen Prognosen.

8. Nicht wenige junge Frauen, die aus muslimischen



Ländern stammen (oder abstammen), empfinden unseren Lebensstil in Sachen Partnerschaft, Ehe und Familie überhaupt nicht als erstrebenswert, im Gegenteil. Die Partnersuche im „Clan“ schaffe soziale Sicherheit und garantiere die Einhaltung gewisser Lebens- und Benimmregeln. Ein Leben mit Fokus auf die Rolle als Hausfrau, Mutter und Ehepartnerin sei wesentlich stress- und spannungsfreier und jenes einer typischen modernen Österreicherin, die überdies berufliche und gesellschaftliche Anforderungen zu meistern habe.

DEUTSCH – NUR SO VIEL WIE NOTWENDIG

9. Die Deutschkenntnisse zu vieler sind zu gering.

Die deutsche Sprache als wichtigster Anknüpfungspunkt an die „neue“ Lebenswelt wird heute (im Gegensatz zu früher) verpflichtend gelehrt. Ausnahme sind Türken. Sie müssen keine Deutschkenntnisse erwerben. Der zunehmende Trend unter in Österreich lebenden türkischstämmigen Personen, Partner aus dem Heimatland zu heiraten, führt zu einer spürbaren Des-Integration. Sozialarbeiter sprechen von einer „Retürkisierung“ in sprachlicher und kultureller Hinsicht. Dass türkische Familiennachzügler nicht Deutsch lernen müssen, sorgt dem Vernehmen nach für großen Unmut in anderen Communities. Die türkischen Staatsbürger fühlten sich dadurch überlegen, heißt es.

10. Da in vielen Herkunftsländern primär die Buben in die Schule geschickt werden, ist der Analphabetenanteil unter den zuwandernden Frauen höher als unter den Männern. Vor allem aber ist die Zahl der funktionellen Analphabeten deutlich höher als in den Statistiken ausgewiesen. Das erschwert das Erlernen der deutschen Sprache erheblich und verunmöglicht den Einstieg in den Arbeitsmarkt langfristig.

WEIBLICHE FREMDKONTAKTE DEUTLICH GERINGER

11. Die Fortschritte im Spracherwerb hinken, auch weil die Zugewanderten außerhalb der Kurse kaum Deutsch sprechen.

Deutschlehrer und Vermittler am AMS fordern die Zugewanderten stets auf, sich möglichst rasch „auf eigene Beine zu stellen“ und nicht allzu lange im alten Heimatverbund verhaftet zu bleiben. Vor allem Frauen könnten dadurch massiv profitieren, sagen sie. Doch real geschieht oft genau das Gegenteil – die Familien und Clans hören mit dem Umzug nach Österreich nicht auf, im Netzwerk zu leben. In der ersten Phase des Lebens in Österreich gibt die eigene Community Sicherheit und hilft bei Zu-rechtkommen. Schlechtfalls hört sie aber niemals auf, ihre Mitglieder sozial zu kontrollieren und (notfalls auch mit Druck) zu beeinflussen. In Zeiten der Flüchtlingswelle berichteten Deutschlehrerinnen nicht selten: „Wenn eine junge Tschetschenin im Kurs

ungezwungen mit anderen Kursteilnehmern (eventuell obendrein männlichen) spricht, ist meist sehr bald ein Landsmann zu Stelle, der sie zurechtweist und ihr dieses Verhalten verbietet.“

12. Staatlich geförderte Programme scheitern an der Realität. Auch Initiativen wie „Mami lernt Deutsch“, wo Mütter ihre Kinder in die Volksschule begleiten und dort zweimal wöchentlich einen auf sie zugeschnittenen Deutschunterricht geboten bekommen, schaffen nur kleine Teilerfolge. Viele Mütter kommen zu wenig regelmäßig und/oder steigen zu bald wieder aus. Mütter, die hingegen sehr schnell Deutsch lernen, verdanken dies sehr oft dem TV-Konsum ihres Nachwuchses. Die Kinder sendungen auf „KiKa“ oder RTL2 helfen auch bügelnden oder kochenden Frauen.

DIE FREMDE EIGENE WELT

13. Der Medienkonsum migriert ganz zum Schluss, meist aber nie.

Zuwandererfamilien, in denen sehr bald deutschsprachiges Fernsehen oder Radio konsumiert wird, sind die absolute Ausnahme. Sie sehen und hören nahezu ausschließlich Programme aus ihren Heimatregionen. Rot-weiß-rote Medien sind in vielen Migrantenhaushalten nahezu völlig fremd. Bereits vor einigen Jahren sprachen Untersuchungen davon, dass mehr als die Hälfte der 10-jährigen Wiener Schüler und Schülerinnen mit Migra-



tionshintergrund ORF1 oder ORF2 überhaupt nicht kennt. Selbst Gymnasiallehrer stoßen in „Brennpunktbezirken“ auf erheblichen Widerstand ihrer Schüler, wenn die „Hausaufgabe“ den Konsum einer ORF-TV-Doku erfordert. Die meisten müssen diese nämlich via TV-Thek am Computer ansehen – ORF hat niemand eingespeichert.

14. Die Folgen dieser Verweigerung sind tagtäglich spürbar: Selbst bereits in Österreich geborene Kinder aus Migrantenmilieus haben oftmals erschreckend wenig Vorstellung von österreichischer Lebensrealität und den gesellschaftlichen Vorgängen in unserem Land. Die eigenen Eltern können all dies logischerweise nicht vermitteln – TV, Radio oder Zeitungen werden nicht konsumiert, eigenes Erleben fehlt sehr oft und kann durch die Schule nicht ersetzt werden.

Wohin das führt wurden in einigen Bezirken Wiens bei der Deutschmatura 2020 überdeutlich, wo ein Thema „die Grenzen des Tourismus

in den Alpen“ zum Inhalt hatte. Was die beurteilenden Lehrer darüber zu lesen bekamen, war teils von so haarsträubender Unkenntnis („Im Sommer wird Kunstschnee erzeugt, um auch in der warmen Jahreszeit überall Ski fahren zu können“), dass einige Arbeiten schon allein deshalb negativ beurteilt werden mussten – vom meist mangelhaften Deutsch mal ganz abgesehen. Wohl gemerkt: Maturaarbeiten von jungen Österreichern, die oft längst wahlberechtigt sind und demnächst in durchaus verantwortungsvollere Positionen aufsteigen sollen, aber nicht die leiseste Ahnung haben, wie das Land tickt, in dem sie leben und was die Menschen hier täglich fordert und bewegt.

SCHULEN UND KINDERGÄRTEN LEISTEN ENORMES

15. Jeder ist erreichbar – es sei denn, er will nicht erreichbar sein.

Die im Zuge der Covid-Krise oftmals erhobene Behauptung,

in den Brennpunkt-Gebieten seien bis zu einem Viertel der Schüler „nicht erreichbar“, ist laut vielen Pflichtschullehrern Unsinn. Auch Flüchtlingshelfer und Sozialarbeiter betonen, dass so gut wie jede Migrantenfamilie über ein oder mehrere Mobiltelefone verfüge. Mag auch die Ausstattung mit Computern fehlen, um an vollem Homeschooling teilzunehmen – für teilanaloge Bildungsangebote und die Kommunikation darüber reiche die Ausstattung jederzeit.

16. Es gibt auch Erfolge.

Relativ gute Erfahrungen machen die heimischen Bildungsinstitutionen mit sogenannten Buddy-Programmen, bei denen Menschen, die selbst Migrationshintergrund haben, in Kindergärten oder Schulen als erste Ansprechpartner für Migranten fungieren. Sie werden dafür auch speziell ausgebildet. Derartige Programme können die aktive Teilnahme der Eltern am Kindergartenleben oder der Schulpartnerschaft fördern, weil sie einen begreifbaren Eindruck unserer Lebenswelt schaffen. Viele Zuwanderer haben aus ihren Herkunftsländern keine Vorstellung oder zumindest keine positive Erfahrung von „Partnerschaft“ in den Bereichen Schule und Kindergarten. Zusätzliche Lernhilfen, Unterstützungsprogramme oder Therapieangebote (etwa Logopädie) werden zunächst oft kategorisch verweigert, weil man Stigmatisierung fürchtet.

VON DER EINÄUGIGKEIT BIS ZUR ESKALATION

WILHELM ORTMAYR

Wer davon überzeugt ist, dass Worte und Begriffe Realität schaffen, glaubt auch fest daran, dass Schweigen Realität schafft. Worüber nicht geredet wird, existiert nicht.

Wer sich als Journalist seit über 30 Jahren mit dem Thema „Migration nach Österreich“ auseinandersetzt, kennt zur Genüge folgenden Mechanismus: Pädagogen, Sozialarbeiter, Beamte, Schuldnerberater, AMS-Mitarbeiter, Erwachsenenbildner – sie alle brechen das Gebot des Schweigens nur, wenn garantiert ist, dass ihr Name nicht in der Zeitung stehen wird. Erst hinter vorgehaltener Hand ist man bereit, Probleme anzusprechen, Fehlentwicklungen aufzuzeigen, Tendenzen und Stimmungen wiederzugeben.

Viele dieser „Praktiker“ kritisieren, dass auf staatlicher Seite, in der Wissenschaft und auf NGO-Ebene der gesamte Themenkomplex „Migration“, der immerhin ein Viertel der in Österreich le-

benden Menschen direkt betrifft (in Wien gebietsweise über 50 Prozent), nicht ehrlich genug hinterfragt wird. Empirische Studien würde sich oft nur Teilaspekten widmen und primär auf Defizite seitens des Aufnahmelandes abzielen. Ganz offensichtlich wolle man rechtspopulistischen Polemikern keine Munition liefern. Ist diese Vorgangsweise redlich? Lässt sich dort, wo es keine Daten gibt, Realität nicht allzu leicht zum Gerücht, Vorurteil oder Einzelfall kleinreden?

Jene, die tagtäglich österreichische Migrationsrealität erleben, kennen alle Facetten des Ankommens und des Bleibens. Von glatter Integrationsverweigerung bis zu rechtlichen Schikanen, von der hochmütigen Verachtung unserer Gesellschaftsordnung bis zur systematischen Ausgrenzung aller „Fremden“, vom schamlosen Ausnützen asylrechtlicher Schlupflöcher samt Illegalität, um irgendwann Unrecht doch zu Recht machen zu

können, bis hin zum ehrlichen und tatkräftigen Bemühen um Ausbildung, Leistung und Anerkennung, das vom Staat kurz vor dem Ziel in boshafter Art zunichte gemacht wird.

Sie wissen um die Schicksale und sie kennen alle Typen: die Bemühten, die Aufgeschlossenen, die Fleißigen, die Überforderten, die Enttäuschten, die Unwilligen und die „Gfrasta“.

Die Berichte dieser tatsächlichen Experten unterscheiden sich oft massiv von dem, was viele Politiker, NGO-Vertreter, Chefredakteure und Aktivisten sowie Sprecher „besorgter“ Bürger in die Mikrofone reden. Denn ihnen allen geht es nie ums Ganze, nie ums Gemeinsame, sondern immer um den Einzelfall – den man zuspitzen, hochkochen und plakativ darstellen kann. Sie scheuen nicht davor zurück, das Schicksal eines 12-jährigen Mädchens zu instrumentalisieren bis zur völligen Eskalation, um damit den politischen Gegner unter Druck

setzen zu können. Getrieben von Rot und Pink macht Grün willig mit bei dem Spiel, ohne zu begreifen, dass dies auch unweigerlich zu einer Zerreißprobe für die eigene Partei werden muss. Türkis hält (auch wegen Blau) voll dagegen, den Unmut in weiten Kreisen der Gefolgschaft völlig unterschätzend, bis der Karren heillos verfahren ist. Dazwischen sitzt ein junges Mädchen, brutal aus seiner Lebenswelt gerissen.

Dazwischen sitzen aber auch all jene Vernünftigen, denen der Rechtsstaat genauso am Herzen liegt wie die Menschlichkeit und die bei einigen „Härtefällen“ eine Lösung rein nach dem Buchstaben des Gesetzes als „ungerecht“ empfinden.

Keiner soll sagen, es hätte in besagtem Fall keine Lösung gegeben, die beiden Ansprüchen gerecht wird. Und selbst wenn... Aufgabe von Politikern ist es, Lösungen zu finden. Dafür haben wir sie gewählt, dafür bezahlen wir sie. Sehr gut sogar.

HALB LEGAL

EIN HALBES LEBEN LANG?

Dass Asylverfahren in Österreich so lange dauern können, bis aus Teenagern echte Härtefälle werden, wirft eine Vielzahl von Fragen auf. Ist der Gesetzgeber schuld, weil er zu viele Schlupflöcher bietet? Oder sind verschlammte Verfahren und schläfrige Beamte der Grund der Misere?

WILHELM ORTMAYR



U. J. Alexander – stock.adobe.com

Fachbeamte der Sicherheits- und Verwaltungsbehörden hören den Vorwurf täglich und wehren sich dagegen: Sie seien schuld an den teils überlangen asylrechtlichen Verfahren in Österreich. Hinter vorgehaltener Hand und ohne ihren

Namen in der Zeitung lesen zu wollen, führen die Kritisierten ins Treffen, dass sie (mit zu wenig Personal) einer sehr gut geölten Maschinerie aus Anwälten, Beratern, Helfern und Lobbyisten gegenüber stünden, die nur zu genau wüssten, wie man Ver-

fahren in die Länge zieht, um sie gegebenenfalls zur Reife medialer Ausschlichtung zu bringen.

Rechtlich sind die Dinge relativ eindeutig. Jeder Drittstaatsangehörige hat die Möglichkeit, zu jedem Zeit-

punkt einen Asylantrag zu stellen, und zwar unabhängig davon, ob bereits ein Verfahren negativ beendet wurde oder nicht. Im Falle des gleichen Fluchtvorbringens kann der neuerliche Asylantrag wegen entschiedener Sache zurückgewiesen werden,

womit dem Rechtsmittel keine aufschiebende Wirkung zukommt (die Person also abgeschoben werden kann), jedoch nicht wenn seit dem vorherigen Asylverfahren Kinder geboren wurden, über deren Verfahren noch nicht inhaltlich entschieden wurde.

Auch in inhaltlichen Asylverfahren (in denen die Behörde also inhaltlich auf den Asylgrund eingeht) kann unter bestimmten – sehr strengen – Voraussetzungen die aufschiebende Wirkung aberkannt werden. De facto wird in solchen Fällen, vor allem wenn Familien betroffen sind, von den Gerichten aber meist die aufschiebende Wirkung zuerkannt. Die Betroffenen können also jedenfalls bis zur Beendigung des Verfahrens bleiben.

WER NICHT KOOPERIERT, KANN LÄNGER BLEIBEN

Das wahre Problem ist in neun von zehn Fällen aber nicht die rechtliche Seite, sondern die Tatsacheebene. Hier stellen sich Probleme, die kaum gänzlich in den Griff zu kriegen sind:

- Herkunftsstaaten stellen keine Ersatzreisedokumente („Heimreisezertifikate“) aus, sei es, weil sie den Fremden nicht als eigenen Staatsbürger identifizieren können, sei es, weil der Fremde hinsichtlich seiner Identität lügt, um eine Abschiebung zu erschweren, sei es, weil der Staat selbst unkooperativ ist.

- Der Fremde selbst verhindert seine Abschiebung. Durch Untertauchen, Herbeiführen einer Haft- oder Transportunfähigkeit (Hungerstreik, Selbstverletzung) oder Behauptung der Selbstgefährdung (zwecks Einweisung in die Psychiatrie). Diese Taktiken gehen zumindest manchmal auf.

Hier könnte man fast nur mit unbotmäßiger Härte vorgehen, also beispielsweise die Jugendschutzbehörden des Herkunftsstaates kontaktieren und Kinder ohne ihre Eltern abschieben – was rechtlich und moralisch äußerst fragwürdig wäre.

Die Verfahren werden also oftmals durch zahlreiche Folgeanträge, deren Ablehnung in weiterer Folge vor sämtlichen Instanzen bekämpft werden, in die Länge gezogen. Zusätzlich verzögernd wirkt die Einbringung vieler inhaltlich verschiedener Anträge samt Überflutung der Behörden und Gerichte mit Beweismitteln. Sollte die Anrufung aller Instanzen dennoch erfolglos bleiben, werden Fakten geschaffen – durch Untertauchen, Krankenhausaufenthalte sowie durch mangelnde Kooperation der Herkunftsstaaten bei der Erteilung von Heimreisezertifikaten.

Eine raschere Abschiebung ist daher oftmals rechtlich oder faktisch nicht möglich. Der in den Medien oftmals vermittelte Eindruck, das Bundesamt für Fremdenwe-

sen und Asyl (BFA) würde den illegalen Aufenthalt von Fremden dulden oder nicht rechtzeitig entsprechende Verfahrensschritte setzen, wird von Insidern energisch zurückgewiesen.

NUR UNTERGETAUCHE FALLEN AUS DER GRUNDVERSORGUNG

An der geltenden Rechtslage zu rütteln, klingt einfacher als es ist. Dafür sorgen völkerrechtliche Normen. Es steht eben jedem das Recht zu, immer wieder Asylansprüche zu stellen und auch die Erhebung von Rechtsmitteln und Rechtsbehelfen kann aus rechtsstaatlichen Gründen nicht verhindert werden. Außerdem hat jede Verfassungskommission das Recht, ihren Fall durch unabhängige Richter überprüfen zu lassen.

Fremde, die aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen nicht abschiebbar sind, sind Zielgruppe der Grundversorgung und beziehen daher Leistungen (Unterbringung, Taschengeld, Verpflegung und Krankenversicherung). Die Grundversorgung kann nur eingeschränkt oder entzogen werden, wenn der betroffene Fremde an seiner Abschiebung (etwa an der Erlangung eines Heimreisezertifikats) nicht mitwirkt.

Die mediale Debatte nach der heiß diskutierten Abschiebung in Wien hat sich stark auf zwei Themen fokussiert, die durchaus auch Bedenken aufwerfen, vor allem bei den Fremdenbehörden.

Ihre Vorbehalte gegen die Einrichtung einer „Härtefallkommission“ sowie dem Delegieren der Zuständigkeit für die Erteilung des sogenannten „Humanitären Aufenthalts“ an die Bundesländer haben mehrere Gründe:

Eine Härtefallkommission brächte immer die Gefahr der Ungleichbehandlung mit sich. Personen, die eine lautstarke oder einflussreiche Lobby hinter sich haben, würden es leichter schaffen, ihren Fall zu einem Härtefall zu stilisieren und so ein Bleiberecht zu erwirken.

HÄLT DER MINISTER DEM DRUCK EHER STAND?

Derzeit liegt die „illegale Migration“ samt den Asylagenten ausschließlich in der Zuständigkeit des Bundes, die legale Migration (Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz) wird hingegen von den Ländern in mittelbarer Bundesverwaltung besorgt. Politische und soziale Sprengkraft birgt vor allem Ersteres. In diesem Bereich kommt es oft zu massiven Interventionsversuchen durch Medien, Unterstützer, politische Parteien, Bürgermeister, Glaubensgemeinschaften oder mächtige Arbeitgeber. Dass jeder Landeshauptmann diesem Druck so gut standhalten kann wie ein Bundesminister, muss bezweifelt werden. Darüberhinaus wäre kein ebenso einheitlicher Vollzug gewährleistet, wie wenn die Angelegenheit gleich durch eine Bundesbehörde besorgt wird.

WIE VIEL INTEGRATION KANN SCHULE SCHAFFEN?

Die Bedeutung von Bildungseinrichtungen im Eingliederungsprozess ist enorm, die Erwartungen der Gesellschaft aber sind noch größer.

LUCAS KRÖLL



Schule heute. In kaum einem anderen Umfeld ist die tagtägliche Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Sprachen, Kulturen und Werten so präsent. Kinder und Jugendliche verschiedenster Herkunftsländer treffen jeden Tag aufeinander, bringen ihre persönliche Geschichte und ihre kulturelle Herkunft mit,

finden und erlernen Gemeinsames. Wo, wenn nicht hier sollen „Zugezogene“ zu Österreichern werden. Dass es in der Realität des Lehralltags oft anders aussieht, ist ein offenes Geheimnis.

Dennoch: Ein Blick auf die Perspektive einer Lehrerin beweist, dass die gelebte

Realität sich von den meisten mehr oder minder exponierten „Expertenmeinungen“ an den Stammtischen deutlich unterscheidet. Die am häufigsten geäußerte: Schulen würden ihrem Integrationsauftrag gar nicht oder nur sehr ungenügend nachkommen, denn sie seien praktisch überfordert.

Dem widersprechen die Praktiker vehement. „Schule kann definitiv einen Beitrag zur gelebten Integration leisten. Mit Deutsch als gemeinsamer Sprache ist beispielsweise ein wichtiger Schritt getan“, sagt so Elisabeth Laimer (EtS), Lehrerin in der Stadt Salzburg. „Im selben Zusammenhang wird



allerdings auch gerne vergessen, dass das Schulleben nur einen kleinen Ausschnitt des Lebens widerspiegeln kann. Diesbezüglich sind die Erwartungen an das System Schule mitunter schlichtweg überzogen.“

HALBWÜCHSIGE TUN SICH AM SCHWERSTEN

Eindeutig am schwersten haben es unter den Schülern mit Migrationshintergrund jene, die als Flüchtlinge erst im späteren Schulalter nach Österreich kommen. Viele davon sind in ihrer Muttersprache gar nicht oder kaum alphabetisiert, haben oft jahrelange Fluchtwege hinter sich, kennen keinen Schulalltag. Nicht selten kommen diese Kinder obendrein aus Elternhäusern mit geringer Bildungsaffinität. „Kommt dann noch eine grundsätzliche Ablehnung für das Thema Sprache dazu, ist eine erfolgreiche Eingliederung nochmal schwieriger,“ schildert Laimer. Ihr seien zu viele

Fälle begegnet, wo selbst die zwei Jahre, in denen solche Kinder als „außerordentliche Schüler“ geführt und unterrichtet werden, nicht genügt hätten, um die sprachliche und soziale Integration soweit voranzutreiben, dass die Kinder im Regelschulwesen mithalten hätten können. „Viele werden zu früh komplett ins Schulsystem mit all seinen Pflichten und Aufgaben eingegliedert“, ist Laimer überzeugt. „Das mag gut gemeint sein, bei Volksschülern wartet man meist überhaupt nur ein Jahr, aber die Auswirkungen sind katastrophal“. Viele dieser Schüler würden ihre ganze Schulkarriere lang krass hinterher hinken. Das erzeuge Frust und führe nicht zu den Schulabschlüssen, die für eine weitere positive Entwicklung (Lehrstelle) notwendig wären.

Der Weg der „Gescheiterten“ ist meist klar vorgezeichnet: Miserable Beurteilung im Polytechnischen Lehrgang, vergebliche Lehrstellensu-

che, AMS-gestützte Kurse, im besten Fall gelegentlich ein Hilfsarbeiterjob, Absturz in Kriminalität oder Prostitution nicht ausgeschlossen. Allerdings: Eine gescheiterte Bildungskarriere führt Laimers Erfahrung nach nicht zwingend zu einer religiösen oder politischen Radikalisierung Richtung Islamismus. Doch eines ließe sich eindeutig feststellen: „Fehlende Bildung führt sehr häufig dazu, dass die Menschen die Sozialisation, die sie aus ihren Heimatländern kennen, in Österreich radikaler weiterführen wollen (etwa was die Rolle der Frau betrifft, aber auch Traditionen, Riten und Lebensgewohnheiten aus den Heimatländern). „Für mich geht das mitunter durchaus in Richtung Radikalisierung.“

MANCHEN GENÜGT DIE MINDESTSICHERUNG

Dabei kann man Österreich einen Vorwurf sicher nicht machen – dass es zu wenig

Unterstützung gäbe. Unzählige Institutionen sind in diese Richtung engagiert, sie bieten (schulisch wie außerschulisch) ein vergleichsweise breites Netz an Förderangeboten für Kinder und Jugendliche. „Jenes in den Schulen wird leider sehr häufig nicht in Anspruch genommen, speziell wenn es um sprachliche Fertigkeiten geht“ bedauert Laimer. Der Antriebsmanometer mancher Schüler, aber auch ihrer Eltern sei bisweilen erschreckend gering. „Die sagen dir offen ins Gesicht, dass Bildung sie nicht interessiert.“ Man lebe auch von der Mindestsicherung recht gut.

Integration findet also auch am Bildungsweg statt, aber eben nicht nur. Tatsächlich müsse „Ankommen“ viel weiter gehen, so Laimer, „doch ob das gelingt, ist von vielen außerschulischen Faktoren abhängig, primär natürlich vom familiären Umfeld.“ Die Pädagogin weiß, wovon sie spricht – sie kennt das hei-



mische Schulwesen aus allen Blickwinkeln. Neben ihrer Lehrtätigkeit an einer Mittelschule hat sie soeben ihr Lehramtsstudium an der Uni abgeschlossen und unterrichtet auch „Deutsch als Fremdsprache“ an einer Volkshochschule. Dort begegnet sie Migranten und Asylwerbern jedweder Herkunft und jedweden Alters. „Sprache ist etwas, was man im besten Fall automatisch erlernt. Je älter Menschen werden, desto schwieriger fällt ihnen das.“ Klar im Vorteil seien Migranten, die bereits eine Fremdsprache könnten oder deren Kinder ebenso gerade Deutsch lernten.

Doch einige erwachsene Schüler und Schülerinnen würden tatsächlich nur bis zu den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestanforderungen lernen, weil sie an Perfektionierung und Kontakten außerhalb ihrer ethnischen Gruppe nicht das geringste Interesse hätten.

DIE FRAU IST DER DREH- UND ANGELPUNKT

Wo also Schule endet und Privates beginnt, fehlt sehr oft an Offenheit. Auf beiden Seiten gibt es Vorurteile, Abgrenzung und kulturelle Reserviertheit. Auf Migrantenseite gilt: Je höher gebil-

det, umso offener sind die Familien für neue Kontakte, je strenger religiös umso weniger. Außerdem, so Laimer, seien Frauen, die den Weg nach Österreich allein geschafft haben, selbstbewusster. „Die haben Biss und stehen außerhalb der Kontrolle der Männer. Sie wollen mehr erreichen als in ihrem Heimatland möglich wäre. Viele Iranerinnen beispielsweise seien sehr aufgeschlossen, sie brächten allerdings meist auch ein hohes Bildungsniveau mit. Dementsprechend gut gelinge auch ihren Kindern der Schul- und Integrationserfolg. „Oft stellt sich bei Frauen leider schlichtweg die Frage, ob sie lernen oder neue Kontakte knüpfen dürfen und dies auch selbst wollen“. Zu viele, bedauert Laimer, würden davon Abstand nehmen: „Wo zu? Ich bin ja eh nur daheim“, hört man dann oft.

Nicht selten finden Migranten aber nur Anschluss, indem sie Grenzen ganz bewusst überschreiten. Rawad,

mittlerweile ein guter Freund der gebürtigen Ischlerin, hat dies getan. Der Syrer lud sie und ihren Partner spontan zu sich und seiner Familie nach Hause zum Abendessen ein, obwohl er sie bis dahin gerade mal 15 Minuten gesehen hatte – als seine Prüferin beim Deutsch-Zertifikat. Ein in unseren Breiten zumindest unüblicher Vorgang, in Syrien eine schlichtweg undenkbare Aufdringlichkeit. Doch das Ergebnis von so viel „Offenheit“ kann sich sehen lassen. Fünf Jahre nach ihrer Flucht haben Rawad und seine Frau (sie ist Lehrling bei Spar) einen ansehnlichen österreichischen Freundeskreis, sprechen gut Deutsch und ihre Tochter besucht ein Gymnasium. Für Elisabeth Laimer ein positives Paradebeispiel: „Sicher ist er mit seinem Zugehen auf Menschen auch auf Unverständnis gestoßen und zurückgewiesen worden, aber er hat bewiesen: Integration braucht oftmals Mut – und eine dicke Haut.“



Lucas Kröll, B.A. (Rp)

studiert Kommunikationswissenschaft an der Universität Salzburg. Er ist Mitglied der ACADEMIA-Lehrredaktion.

Ihr NOTAR in Ihrer Nähe bietet mit seiner NOTARTREUHANDBANK AG bewährte QUALITÄT und SICHERHEIT

Unsere Vorteile:

- Sicherheit für den Klienten
- Sicherheit für die notarielle Abwicklung
- Hohe EDV-Sicherheit

Das Vertrauen geht auf unser Konto





www.notar.at

SPURLOS GEBLIEBEN SIND MIGRANTEN EIGENTLICH NIE

Spätestens mit dem Attentat von Wien ist „gelungene Integration“ wieder verstärkt zum Thema geworden. Doch wohin integrieren? Unter welchen kulturellen Vorzeichen? Ein Blick in die Geschichte zeigt: Reibungsfrei ging's selten und danach war nichts wie vorher. Was ja auch ein Glücksfall sein kann.

PHILIPP JAUERNIK



„Österreich zuerst“. Das war der Name des Volksbegehrens, das die FPÖ unter Jörg Haider Anfang der 1990er lanciert hatte. Es erzielte bundesweit knapp über 400.000 Unterschriften. Die Reaktion, das von SOS Mitmensch organisierte Lichtermeer, verzeichnete (je nach Quelle) bis zu 300.000,

jedenfalls aber über 200.000 Teilnehmer in der Bundeshauptstadt Wien.

Ein kleines Schlaglicht auf die jüngere österreichische Geschichte, das (wie viele andere seiner Art) eine so banale wie herausfordernde Feststellung erlaubt: Kaum ein Thema emotionalisiert

unsere Gesellschaft in dem Ausmaß, in dem Migration es tut.

MIGRATION: SO ALT WIE DIE MENSCHHEIT SELBST

Menschheitsgeschichtlich betrachtet ist Migration, ganz wertfrei betrachtet, ein völlig normaler Vorgang. Die

ersten Migrationsströme ereigneten sich in prähistorischer Zeit, als der Homo Sapiens von Ost- und Südafrika ausgehend begann, den Rest des afrikanischen Kontinents und später auch Europa und Asien zu besiedeln. Wo er hinkam, traf er auf andere humanoide Spezies, etwa den Homo Erectus oder den

Homo Neanderthaliensis. Es sind nur wenige Anhaltspunkte, die wir haben – daher sind damalige Ereignisse etwas, über das wir oft nur Hypothesen aufstellen können. Was wir wissen: Homo sapiens erreichte Europa vor rund 40.000 Jahren. Gut 10.000 Jahre später war der Neandertaler, der vorher fast 250.000 Jahre hier gelebt hatte, für immer verschwunden. Warum, das wissen wir nicht genau. Die Vermutungen reichen von eingeschleppten Krankheiten, gegen die der Neanderthaler nicht resistent war bis hin zu vereinzelt kriegerischen Auseinandersetzungen.

Die Geschichte zeigt, dass Migration (unabhängig davon, wodurch sie ausgelöst wurde) meist zu massiven Veränderungen führte. Neuankömmlinge brachten Neues mit – Techniken, Sprachen, Religionen, Wissen, aber auch Krankheiten, Konflikte und Dramen. Kulturen wie jene der Kelten, der Aborigines, der Etrusker, der Inka, der Cheyenne oder der Maori

geben beredtes Zeugnis über die teils verheerenden Effekte, die Völkerwanderungen auf die Zielregionen hatten.

AUCH EINE FRAGE DES STANDPUNKTES

Die Einordnung dessen ist heute für die Geschichtswissenschaft eine Mammutaufgabe, die kaum lösbar erscheint. Wir sammeln Fakten und generieren Wissen. Für die Einordnung entscheidend ist oft der Standpunkt, den der Betrachter einnimmt. Als Beispiel sei das britische Empire genannt: Während man sich im 19. Jahrhundert in London rühmte, in den Kolonien und besetzten Gebieten ein zivilisatorischer Faktor zu sein, war für die vielen Völker Indiens der Untergang vieler regionaler Kulturen ein direkter Effekt der Fremdherrschaft. Ähnlich ging es vielen Völkern Afrikas unter teils brutaler und menschenverachtender Kolonialherrschaft.

Ein besonders faszinierendes Beispiel sind sicherlich die

heutigen USA. Der Sieg der 13 Kolonien der Ostküste im Unabhängigkeitskrieg war für die Völker, die die Region ursprünglich bewohnt hatten, kein Grund zu feiern: Nicht nur, dass sie ihr früheres Land nicht zurückbekamen, sie wurden immer weiter verdrängt. Gleichzeitig landeten laufend Neuankömmlinge – und schufen ein „Migrationsklima“, das sich vom europäischen massiv unterscheidet: Kulturell sehr divers, Neuem gegenüber spürbar aufgeschlossen, aber gleichzeitig mit hohen Anforderungen an die Zuzügler (siehe Kasten).

INTEGRATION VERÄNDERT, AUCH WENN SIE GELINGT

Seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts ist Migration in Europa wieder verstärkt ins Bewusstsein gerückt. Lampedusa, Moria und andere Mittelmeerinseln stehen exemplarisch für den Zwist des Kontinents, ein kaum auflösbares Spannungsfeld aus humanitärer Hilfsbereitschaft und der Sorge, dass die große

Zahl an Migranten unser Zusammenleben (vorsichtig formuliert) maßgeblich verändern würde – was nicht von der Hand zu weisen ist, hat doch wie zuvor ausgeführt noch jede größere Wanderungsbewegung zu Veränderung geführt.

Das Schlagwort, das in der Debatte heute laufend genannt wird, ist Integration. Die Soziologie versteht darunter die soziale Einbeziehung bisher ausgeschlossener Individuen oder Gruppen und im Migrationskontext genauer: Die Aufnahme von Immigranten in das nationale Sozialgefüge. Hier liegt auch der Hase im Pfeffer: Die Neuankömmlinge bringen etwas mit. Selbst bei gelungener Integration wird die Gesellschaft nicht sein, wie sie zuvor war.

Nun ließe sich einwenden, dass auch das ja etwas Normales ist: Niemand von uns lebt „wie früher“. Technologisierung, Mobilität, Digitalisierung – die Veränderung ist immanent. (Fortsetzung S. 24)



NEUGIER STATT ABLEHNUNG

Integration – in den USA fast ein Selbstläufer

Die USA sind ein klassisches Einwanderungsland. Drei große Immigrations-Wellen seit Mitte des 19. Jahrhunderts haben Zuzug aus fast allen Teilen der Welt gebracht, vor allem aus Europa, Südostasien und Lateinamerika. Bis auf die wenigen Ureinwohner haben praktisch alle Menschen Migrationshintergrund. Ist dies für eine erfolgreiche Integration von neuen Migranten förderlich? Oder sogar das Erfolgsrezept?

Der aus Österreich stammende Einwanderungsanwalt Christian Zeller (er lebt und praktiziert seit langem als Einwanderungsanwalt in Tampa, Florida, wo er auch Honorarkonsul ist) kennt die Migrationsbiographien unzähliger Menschen und weiß, dass es sich lohnt zunächst einen Blick auf die Gründe für eine Emigration zu werfen. „Neben dem klassischen Ruf nach Freiheit sind es heute vor allem wirtschaftliche Gründe, die Menschen in die USA treiben. Sie wittern hier bessere ökonomische Voraussetzungen als in ihrer Heimat. Darüberhinaus kommen sehr viele Menschen mit ‚Ablaufdatum‘ über den großen Teich, beispielsweise für ein Studium“. Sie haben also ein Zeitfenster, in dem sie sich bewähren müssen, um in weiterer Folge dauerhaften Aufenthalt erhalten zu können.

Vergleichsweise wenige Menschen hingegen bleiben in den USA, weil sie Asyl erhalten. Während von 2009 bis 2019 im Jahreschnitt etwa 60.000 Asylansuchen positiv beschieden wurden, stellten die Behörden über eine Million „Green Cards“ pro Jahr aus. Für diese dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung muss man einen einheimischen Part-



ner vorweisen können. „Wenn man die Green Card nicht gerade in der Lotterie gewinnt, führt nur ein Weg ans Ziel: Man bringt dem Staat einen Mehrwert. Das muss beispielsweise ein künftiger Arbeitgeber oder eine Sportmannschaft den Behörden glaubhaft machen“, betont Zeller.

Ohne Zweifel bringt in den USA und Kanada ein deutlich höherer Anteil der Einwanderer eine abgeschlossene Berufsausbildung und gute oder sehr gute Sprachkenntnisse mit. Doch nicht nur dieser Umstand erleichtert die Integration. „Die Herkunft eines Menschen

spielt hier eine untergeordnete Rolle, weil sich die amerikanische Gesellschaft generell aus so vielen Nationen zusammensetzt. Auch in den Medien gibt es weitaus weniger Berichterstattung über ‚Migrationsprobleme‘ als in Europa“, erklärt der Einwanderungsanwalt. Das Image von „Neuankömmlingen“ sei generell deutlich positiver, weil bei einem Großteil der US-Bürger die Migrationsbiographie der eigenen Familie noch präsent ist. Das schaffe positive Neugier und bringe beide Seiten einander näher.

Lucas Kröll (Rp)

Die Frage ist also, was es ist, das wir uns behalten wollen – und wie wir das erreichen können.

DEUTLICH BETONEN, WAS EUROPA AUSMACHT

Im Nachgang des Terrorattentats von Wien am 2. November 2020 wurde von Kommentatoren vom „European Way of Life“ gesprochen. Gemeint sind damit Begriffe wie das Bekenntnis zu Freiheit und Friede, die Rechtsstaatlichkeit und – vor allem – das Personalitätsprinzip, das wir aus der katholischen Soziallehre kennen. Diese Werte, die auf das Recht des Einzelnen zur Entfaltung seiner Persönlichkeit und zur Wahl seines Lebensstils pochen, ohne dabei gesellschaftliche Solidarität zu vergessen, sind direktes Erbe der Geistestradi-tion Europas, die der frühere deutsche Bundespräsident Theodor Heuss folgendermaßen charakterisierte: „Es gibt drei Hügel, von denen das Abendland seinen Ausgang genommen hat: Golgatha, die Akropolis in Athen, das Kapitol in Rom. Aus allen ist das Abendland geistig gewirkt, und man darf alle drei, man muss sie als Einheit sehen.“ Unmissverständlich stehen die Hügel dabei für die christliche Lehre, die griechische Philosophie und das römische Recht als große geistige Grundlinien.

Das mag einfach klingen, die Praxis ist eine andere. Die Metaebene, auf der sich diese Charakterisierung abspielt, ist



im Alltagsleben oft schwierig festzumachen. Dazu kommt das, was für viele Menschen „zu Hause“ als Identifikationsort ausmacht: Regionale Traditionen und Bräuche, Kleidungsarten, „typische“ Speisen bis hin zu Dialekten machen unsere Identitäten aus. Und auch sie unterliegen einem Wandel: Ist heute etwa Weihnachten ohne Christbaum kaum vorstellbar, war im Jahr 1814 das Erstaunen groß, als die jüdische Familie Arnstein in ihrem Wiener Palais einen solchen aufstellte. Die zuvor in Österreich ungekannte Sitte verbreitete sich rasch. Die Integration der Weihnachtstanne in unser heimisches Kulturerbe war also eine Erfolgsgeschichte.

LEBEN WIR VOR, WOFÜR WIR STEHEN?

Gesellschaftliche Integration ist allerdings ein schwieriger Prozess. Es mutet einfacher an, wenn klare Werte sichtbar sind, die auch gelebt und mit Stolz betont werden. Die USA machen das mit den Stars and Stripes, dem „Land

of the Free“ und einer gewissen Klarheit, wofür „America“ steht, vielleicht einfacher. Wir Österreicher hingegen machen es uns selbst manchmal unnötig schwer.

Während man am 4. Juli in den gesamten USA kaum ein Haus ohne Beflaggung findet, Nachbarn einander zum Barbecue einladen und das Land in vielen Festakten seiner Gefallenen gedenkt, seine Helden und seinen Patriotismus feiert, ist der 26. Oktober bei den Österreichern vor allem beliebt, weil man da ausschlagen kann. Mit einer kleinen Leistungsschau des Bundesheeres und einer Ansprache des Bundespräsidenten hat sich das identitätsstiftende Feiern der eigenen Nation und ihrer Geschichte meist recht unaufgeregt erledigt.

Dazu kommt der kleine Minderwertigkeitskomplex ge-

genüber dem großen Nachbarn: Fast schlagartig hat sich in den vergangenen Jahren in Österreich – angefangen bei den Teenagern urbaner Herkunft – eine sprachliche „Germanisierung“ vollzogen. Die neue Salzburger Buhlschaft darf im ORF Abende lang in gestelztem Piefkensesisch „talken“ – ohne Widerrede. Was wenig wundert. Auch im Staatsfunk selbst ist Bundesdeutsch auf dem Vormarsch – mit all seinen Grammatikfehlern.

Nun soll die äußerst diffizile Aufgabe der Integration nicht auf den Erhalt der Austriazismen reduziert werden. Es soll dies eher ein Beispiel dafür sein, wie man sein eigenes kulturelles Erbe pflegen oder eben verwässern kann. Von Zugewanderten ist es aber umso schwieriger zu verlangen, sich an die „hiesigen Gebräuche und Traditionen“ anzupassen, wenn man sie nicht selbst konsequent lebt, am Leben erhält und weitergibt. Je selbstbewusster eine Zivilisation auftritt, desto attraktiver ist es nämlich für Zugewanderte, das nachzuahmen und somit die Integration in eine Richtung zu bewegen, die den Spagat zwischen liebgewonnenem Althergebrachtem und den unweigerlich hinzukommenden neuen Dingen erfolgreich bewältigt. Das ist eine Aufgabe, die jeden einzelnen betrifft.



Philipp Jauernik BA (FIP)

ist Historiker und arbeitet als politischer Berater in Wien. Er ist Bundesvorsitzender der Paneuropajugend Österreich und Chefredakteur des „Couleur“.

GEH UND HANDLE DANACH!

Lesbos. Die leidige Frage nach der Nächstenliebe. Wie bequem könnten wir es ohne sie haben? Bürgerliche Ordnungsseelchen, eingemauert in der Festung Europa. Hin und wieder ein Zelt verschicken. Was geben die christlichen Grundlagen zum Thema Nächstenliebe im Allgemeinen, Migration im Speziellen her? Gibt es dabei eine wesentliche Unterscheidung zwischen stattlichem, kirchlichem und privatem Handeln?

LUCAS SEMMELMEYER



„Es wundert mich schon, dass die ÖVP als zumindest ehemals christlich orientierte Partei da keine Empathie erkennen lässt“. So Vizekanzler Werner Kogler, anlässlich der beharrlichen Weigerung der Neuen Volkspartei, unbegleitete Minderjährige aus Kara Tepe aufzunehmen. Tut das überhaupt noch weh? Und: Selbst wenn

Kogler nach eigenen Worten außer zu Hochzeiten und Begräbnissen nie in der Kirche anzutreffen ist, könnte er in diesem Fall nicht doch Recht haben?

DIE SUCHE NACH DEM CHRISTLICHEN STANDPUNKT

Maßstab kirchlichen Handelns ist zunächst die Bi-

bel. Dort fällt bald auf, dass menschliche Würde absolut gedacht und nicht an die Zugehörigkeit einer Gruppe oder weiterer Akzidentien gebunden ist (Gen 1,27). Offensichtlich ist ebenso, dass die Verkündigung Jesu in besonderer Weise die Marginalisierten, nach der Logik der Welt Gescheiterten inkludiert (Mk 1,40-45; Mk

2,15; Lk 19,1-10). Nach der Logik der Welt ist er schließlich auch selbst gescheitert, sie führt unweigerlich ans Kreuz (1 Kor 1,18-24). Zum großen Ärger der Vertreter der organisierten Religion treibt Jesus die Dichotomie zwischen Kult und Barmherzigkeit auf die Spitze und klagt sie an (vgl. Mt 9,13; Mt 12,7; Hos 6,6): Got-

tesliebe ohne Nächstenliebe ist unvorstellbar (Mt 7,21), untauglich (Röm 12,1), ja anstößig (Mt 5,23f). Selbst bei Nichtgläubigen findet man mehr Liebe (Ijob 6,14). Das griechische Wort für Torheit ist übrigens *Moria*. Selig, wer hier noch schmunzeln kann.

Natürlich ist die Auslegung von biblischen Texten nicht kontextunabhängig möglich. Doch das Phänomen Flucht war der Bibel nicht unbekannt und bei Herrenworten, bei denen es um Himmelreich oder Verdammnis geht, wird der Interpretationsspielraum eher enger ausfallen (Mt 25,31ff): In den Geflohenen begegnet uns Jesus selbst. Und Jesus selbst begegnet uns als Geflüchteter (Mt 2,13ff). Weiteren Auslegungskontext bietet das kirchliche Lehramt. Schon jetzt zeigt sich aber, dass eine Kirche, die sich nicht für Ausgegrenzte einsetzt, nicht die Nachfolge Jesu behaupten kann. Sie kann gar nicht anders.

LEHRE DER KIRCHE

Schon lange vor der Flüchtlingswelle 2015 erkannte Papst Franziskus die Dringlichkeit der Flüchtlingsfrage und widmete sich ihr im apostolischen Schreiben *Evangelii Gaudium* 2013, also zu Beginn seines Pontifikats. Er erinnert zunächst daran, das Antlitz Jesu in den Geflüchteten zu erkennen. Anschließend bekennt er die Universalität der Weltkirche und appelliert an die Staaten, großzügig die Grenzen zu öffnen. Bemerkenswert ist auch seine An-

erkennung von Pluralität als Wert für sich (EG 210).

Zuletzt griff der Papst das Thema anlässlich seiner Rede an die 75. Vollversammlung der Vereinten Nationen am 25. September 2020 erneut auf und verdeutlichte darin die

te hinzufügen: Oder aus ihr wissentlich oder fahrlässig politischer Profit geschlagen. Mehr dazu später.

Das päpstliche Lehrschreiben *Fratelli tutti* verpflichtet alle Katholiken, das Recht der Menschen auf grenzüberschreitende Flucht zur

„Diese unerträgliche Wirklichkeit wird zweifellos heute von vielen absichtlich ignoriert!“

große Not der Menschen, ihre aussichtslose Lage, den Missbrauch, dem sie ausgesetzt sind und die tägliche Lebensgefahr. Der Absatz schließt mit der Feststellung: „Diese unerträgliche Wirklichkeit wird zweifellos heute von vielen absichtlich ignoriert!“. Man könn-

Abwendung von unmittelbarer Gefahr anzuerkennen (FT 37). Darüber hinaus fordert er staatliche Maßnahmen, welche die Menschenwürde im weitesten Sinne garantieren (FT 130ff).

Franziskus' Positionen stehen im Einklang mit jenen

vorheriger Pontifikate und stellen eine natürliche Weiterentwicklung der Grundaussagen des Zweiten Vatikanums zur menschlichen Würde dar (GS 14, 22, 24), wie sie im *Katechismus* (KKK 1701ff, 2237, 2443ff) und dem *Kompendium der Soziallehre* (184, 505) näher expliziert sind. Oft wird jedoch vergessen, dass bereits Papst Benedikt XV. im Jahr 1914 mit der Ausrufung des *Welttags des Migranten und Flüchtlings* dieser Problematik einen Schwerpunkt zuwies. Die Stellungnahmen des gegenwärtigen Papstes in ein simples politisches Schema einordnen zu wollen, greift also jedenfalls zu kurz.

Die konkrete Auslegung von Evangelium und Lehramt auf die österreichische Situation erfolgte durch die Bischöfe bereits mehrmals in großer Übereinstimmung. Zuletzt wandte sich die Bischofskonferenz knapp vor Weihnachten gemeinsam mit der Evangelischen Kirche an die Bundesregierung, mit der Forderung, umgehend Flüchtlinge von der griechischen Insel Lesbos nach Österreich zu holen. Die Positionen von Caritas und Diakonie dürfen in dieser Frage als bekannt gelten.

ZWEI UNSCHÖNE WAHRHEITEN

Lehren, die nicht in irgendeiner Weise mit der Realität korrespondieren, sind von geringer Relevanz. Doch es scheint ein Merkmal unserer Zeit zu sein, dass man sich



Vincent van Gogh – Der barmherzige Samariter (1890)

schon schwer darauf einigen kann, was denn überhaupt Realität ist. Zwei Wahrheiten lassen sich, in ihren Extremen sehr unschön, darstellen.

Erste Wahrheit: Der Amoklauf zu Allerseelen. Der Mörder war Österreicher mit Migrationshintergrund. Er selbst migrierte nur von Mödling nach Wien, aber seine Eltern kamen aus Nordmazedonien. Macht das den Amoklauf zum Attentat oder Anschlag? Ist der verhinderte IS-Kombattant, dieser Versager, der es nur bis zur Türkei schaffte, ein Beispiel für verhinderte Integration? Die politische Einstellung bestimmt die Antworten auf diese Fragen. Manche stellen den Sachverhalt dar, als wäre der Täter Flüchtling gewesen. Für manche Deterministen war er selbst Opfer. Positionen der Mitte gibt es kaum.

Am Silvesterabend randalieren Jugendliche wüst am Reumannplatz. Als Verdächtige wurden neben zwei vor Ort festgenommenen jungen Migranten zwei Österreicherinnen (14 und 15), zwei Iraker (20 und 22) und drei Syrer (23, 27 und 29 Jahre) in einem Haus gemeinsam vorgefunden. Aber wahrscheinlich haben die beiden minderjährigen Mädchen mit den volljährigen Herren nur Bridge gespielt. Raufereien ohne Messerstiche scheint es überhaupt nicht mehr zu geben, wenn sich die afghanische Community wieder einmal Straßenkämpfe liefert und der Verfassungsschutz warnt in seinem letzten Bericht er-

neut vor tschetschenischen IS-Rückkehrern in völlig isolierten Milieus. Natürlich sind Ehrenmorde, private organisierte Gerichtsbarkeit, Unterdrückung von Frauen, Antisemitismus und offene Feindschaft gegenüber Kultur und Ordnung keine Erfindungen des Auslands. Aber sie erleben nicht zuletzt durch den demografischen Wandel eine neue Konjunktur.

Zweite Wahrheit: Lesbos, Europa. Kinder im Dreck. Krätze. Zelte im Schlamm. Vergewaltigungen auf dem nächtlichen Weg zum Klo. Duschen gibt es ohnehin keine. Ein hinter vorgehaltener Hand erwünschtes



„Ich verstehe jeden, dem es das Herz zerreißt, wenn er auf Bildern sieht, wie Kinder im Dreck leben. Aber mit der Emotion habe ich noch kein Problem gelöst.“

System der Abschreckung. Inhumanität als Geschäftsmodell. Nicht nur in Griechenland, auch dort, wo die EU beim Außengrenzschutz von Kandidatenländern das

Erledigen der Drecksarbeit erwartet und dann im nächsten Satz Pushbacks kritisiert, sobald die kritische Masse in den Sozialen Medien erreicht ist, oder jemand von der Europäischen Agentur für Grundrechte oder dem Europarat auftaucht. Stillen prügeln, bitte! Und vorher Handys und Dokumente wegnehmen!

Zwei Wahrheiten, oder wenigstens aufgeschlossene Versuche einer Annäherung an diese. Ist uns abzuverlangen, dass wir die Spannung zwischen beiden aushalten, damit unseren Frieden finden, unser Leben in Glück und relativer Sicherheit leben?

Keine Sorge, die politischen Kräfte des Randes verkünden uns die neue gute Nachricht von der einen, ganz simple Wahrheit. Und zwar: Wer nicht im Leid der Welt

untergeht, sich nicht völlig in Empathie verliert, ist ein schlechter Mensch und ein schlechter Christ und vielleicht „ehemals christlich“. Staaten mit Grenzen haben keine Berechtigung; wer sein Eigentum schützen, seinen Lebensstandard für die nächste Generation erhalten will, vergeht sich an der Zugangsgerechtigkeit aller anderen, ist ein Faschist.

Oder die andere eine Wahrheit: Alle Migranten machen alles kaputt, wollen nur unser schönes Leben wegnehmen, unsere Frauen, unsere Jobs, das darf man nicht laut sagen, was beweist, dass es wahr sein muss.

Es ist bestechend, wie schwierig ein ehrliches Ringen um ethische Güterabwägung, ein wahrhaftiger Zugang zu dem, was sich als Realität präsentiert, heute geworden ist. Einfältigkeit ist das politische Erfolgsmodell und die Ränder ziehen mit aller Kraft an der Mitte.

STAAT, KIRCHE UND DER EINZELNE

Und dann gibt es da noch einen Innenminister, der sogar den Lesern der *KRONE* eine differenzierte Wahrheit zumutet, wenn er im Interview auf Kogler repliziert: „Ich verstehe jeden, dem es das Herz zerreißt, wenn er auf Bildern sieht, wie Kinder im Dreck leben. Aber mit der Emotion habe ich noch kein Problem gelöst.“ Herzlos oder verweichlichte Political Correctness? Oder schlicht die Aussage eines erwachsenen Menschen mit Herz und Hirn, der es sich selbst nicht



Frans Francken II
Die sieben Werke der
Barmherzigkeit anagoria (1605)

einfach macht und hofft, auf ebensolche Leser zu treffen? Spannungen und Widersprüche aushalten zu können, ist zweifellos eine notwendige Eigenschaft für politische Teilhabe und Gestaltung.

Die Soziallehre der Kirche differenziert im Subsidiaritätsprinzip die Aufgaben der verschiedenen Ebenen. Es scheint problematisch, dem Staat aufzubürden, was die

schen zu lösen. Die Frage, was Aufgabe des Staates ist und was nicht, wird bei uns allerdings sehr selten gestellt.

Nächstenliebe ist aber in erster Linie eine permanente (Über-)Forderung des Einzelnen. Und es geht dabei nicht um die Frage, wer denn nun mein Nächster ist. Diese Frage zu stellen, ist schon verfehlt. Viel eher geht es darum, sich als Nächster zu erweisen

„Nächstenliebe ist aber in erster Linie eine permanente (Über-)Forderung des Einzelnen.“

Gesellschaft und ihre einzelnen Glieder besser zu leisten in der Lage sind. Und es ist zunächst überhaupt nicht unchristlich, wenn man annimmt, dass es nicht die Aufgabe einzelner Staaten ist, die sozialen Probleme aller Men-

(Lk 10,36). Wir wissen ohnehin, dass der Nächste immer derjenige ist, dessen Not uns erkennbar wird. Die Schwierigkeit liegt nicht in der Geografie. Sie liegt im Tun. „Geh und handle danach“ (Lk 10,37). Leid sehen und danach han-

deln. Das ist, was der Samariter im Gleichnis tut. Das ist der Wahlspruch der Caritas. Nicht des Staates. Priester und Levit, kirchliche Würdenträger, Größen der Gesellschaft und der fromme Einzelne sind im Gleichnis angesprochen, nicht König und Statthalter.

WAS ES ZU TUN GILT

Am Einzelnen liegt es nun, eine Abwägung zu treffen, zwischen dem Einsatz für den Nächsten und die Aufrechterhaltung der eigenen Lebensstruktur. Jesu Botschaft fordert und überfordert uns ständig. Aber sie ist deswegen nicht falsch. Sich erweisen, das bedeutet aber auch, nicht in einer überreflektierten Haltung zu erstar-

ren, oder die vermeintliche Unchristlichkeit des Anderen zu illustrieren. Eine christliche Haltung wäre es, auch einmal für jene Menschen zu beten, die schwierige und harte Entscheidungen im Staat zu treffen und durchzusetzen haben. Das muss gar nicht im Parlament geschehen, das geht auch ganz intim (vgl. Mt 6,1ff). Die Aufnahme des Fremden gehört zu den Werken der tätigen Barmherzigkeit. In seiner Darstellung von 1605 zeigt Frans Francken eindrucksvoll, was passiert, wo diese Werke ausbleiben: Kein Lichtstrahl erhellt ihren Mangel. Im Vordergrund spielt noch ein Hündchen, hart am Abgrund einer bereits bröckelnden Welt. Im Hintergrund Sturm und Weltenende.



Mag. Lucas Semmelmeier (Rt-D)

ist Theologe und Religionspädagoge. Diplomarbeit zur Religionsschrift Immanuel Kants. Er lebt und lehrt in Wien.

UMDENKEN, RICHTUNG WECHSELN UND BRÜCKEN BAUEN

GÜNTHER TENGEL

Viele von uns sind aufgewachsen in einer Welt mit Grenzen, die es galt zu überwinden. In den letzten zwei Jahrzehnten – den Jahrzehnten der Globalisierung und Digitalisierung – schienen wir in einer grenzenlosen Welt zu leben. Wir schienen eine unüberschaubare Anzahl an Wahlmöglichkeiten zu haben. Die Welt drehte sich immer schneller, Wachstum war der Fetisch und Tech Firmen wurden an der Börse geprügelt, wenn sie die hochgesteckten Erwartungen nicht erfüllten.

Schnitt: Von einem Tag auf den anderen – März 2020 – stand die Welt still. Die Pandemie hat viele von uns, in jedem Fall die Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft infiziert. Seit einem Jahr fühlen wir uns ein einem Blindflug, einzementiert in einem „mentalen“ Home Office. Eine Abfolge von Schließen und Öffnen, jeden Tag zuerst ein Blick „auf die Zahlen“.

Unsere Zukunft scheint auf einmal nicht mehr „multi-optional“ zu sein, sondern unsicher und unplanbar. In jedem Fall fremdbestimmt. Wir fühlen uns eingeeignet und unsicher.

Nie hat es mehr Führungskräfte – „echte Leader“ gebraucht, die die Richtung vorgeben, die Vertrauen ausstrahlen und Entscheidungen treffen und nicht für uns, sondern mit uns denken.

„Nach der Krise neu denken“ las ich vor kurzem in einem Leitartikel. Falsch! Die Zeit der Krise nutzen, um die Zukunft jetzt neu zu denken.

Aber wir sind anders ausgebildet worden: Gewohnt, mit Zahlen, Daten und Fakten zu führen, Pläne zu erstellen. Organisationen effizient aufzustellen und kostenbewusst zu leiten. Jetzt müssen wir auf einmal umdenken. Im Nebel steuern ohne das „Land zu sehen“. Eigentlich sollten gerade jetzt die Freiheitsgrade erhöht werden, um Unsicherheiten und Unplanbares besser meistern zu können. Die Managerin oder der Manager als Risikovermeider ist ein Auslaufmodell.

Bei einer Fahrt durch den Nebel bedeutet Risikovermeidung, stehen zu bleiben.

Wir sollten nicht stehenbleiben, wir sollten die Richtung wechseln. Gerade jetzt müssten wir nicht nur Kosten minimieren, wir müssten Organisationen verändern, kollektive Intelligenz aufbauen, Netzwerke bilden und Spielräume schaffen. Die Leader der Zukunft besitzen Neugierde, Vorstellungskraft und Kreativität – alles das, was uns Kinder jeden Tag vorleben!

Der Handelsmanager Christoph Bündel meinte vor kurzem „Viele Manager gehören für einige Monate in die Quarantäne“. Um zu entlernen und neu zu lernen.

Auch die Politik muss neu lernen. Nicht Angst verbreiten, sondern umdenken. Und das „alte“ Dashboard gegen ein neues eintauschen. Wer die Gesellschaft und die Wirtschaft mit drei Zahlen leiten will, muss unweigerlich scheitern. Es gilt, aus dem täglichen Zahlen-Stakkato auszusteigen. Jede Woche eine andere Entscheidung...

Falsche Entscheidungen werden nicht besser, wenn sie schnell getroffen werden. „Die nächsten zwei Wochen werden entscheiden! Nein, nur ein baldiges Umdenken wird uns helfen richtig zu entscheiden.“

Wir sollten alles dafür tun, eine Balance zu finden zwischen Gesundheit und Wirtschaft, zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Abstand halten kann auch ganz falsch verstanden werden. Wenn wir schon „Distanz halten“, sollten wir gleichzeitig Brücken bauen, Brücken zwischen Jung und Alt, Stadt und Land, Arm und Reich. Brücken bauen war schon jeher ein Grundsatz des Cartellverbandes. Und nie wichtiger als heute. Wir wollen und brauchen doch alle Meinungsaustausch, Miteinander, Nähe. Nur Nähe bringt Vertrauen. Ohne Vertrauen keine Motivation. Und Motivation bringt Freude und Zuversicht. Und nichts brauchen wir mehr mehr als Zuversicht für unsere gemeinsame Zukunft.



Mag. Günther Tengel (Ne, Merc)

ist geschäftsführender Gesellschafter von Amrop Jenewein. Er begann seine Karriere als Unternehmensberater vor 39 Jahren mit dem Einstieg bei Jenewein. 1993 wurde er Geschäftsführer, 2003 im Zuge eines Management-Buy-ins Eigentümer des Unternehmens.

DAS ETHISCH RICHTIGE UND DIE TOLERANZ

BEMERKUNGEN ZUM VfGH-ERKENNTNIS ZUR STERBEHILFE

MICHAEL JAHN



Viele Argumente gegen das Erkenntnis des VfGH in der letzten Ausgabe der Academia sind sehr beachtenswert und schlüssig formuliert. Dennoch seien auch ein paar kritische Anmerkungen zu den Ausführungen eingebracht:

Grundsätzlich wird der Begriff „ethisch“ bei all den guten Argumenten in einer

Form verwendet, die eigentlich „moralisch“, im Sinne der christlichen Moral, zu bezeichnen sind. Doch die beiden Begriffe Moral bzw. Ethik sind nicht ident.

GRUPPENREGELN UND DIE WISSENSCHAFT DAVON

Mit Moral meint man jene (Moral-)Kodices, die Religionen, Konfessionen, Ver-

bände, (geschlossene) Gesellschaften, Eliten, je nach ihrem Selbstverständnis sich gegeben haben, als richtig anerkennen, als meist strikte (oft fast gesetzesmäßig) stringente Regeln vorgeben – also was richtig bzw. falsch, gut bzw. böse, geeignet bzw. ungeeignet ist. Man denke hier etwa an den Dekalog, die fünf Säulen des Islams, die Regeln in der Thora, in den

Veden und der Bhagavadgītā, etc. Wenn man also Moral als jenes Wertegerüst verstehen will, das in einer bestimmten Gesellschaft, einer Gruppierung, einer Gemeinschaft als verbindlich angesehen wird, so entspricht dies zweifellos einer hilfreichen Form zur Lebensorientierung. Die entsprechenden Gebote, Verbote, Richtlinien sind Ausdruck der für diese Gesellschaft

maßgeblichen geistigen Fundamente, also im Allgemeinen die einer Religion, Konfession, Ideologie, aber auch (oft eng) definierter Gruppierungen, z.B. der Freimaurer, des CV, des Bundes Sozialistischer Akademiker, aber auch solcher Gruppierungen wie der SS, der Kommunisten, etc. Diese Regeln werden dann innerhalb der jeweiligen Gemeinschaft (mehr oder weniger) streng ausgelegt, eingehalten, oft auch innerhalb ihrer Gruppierung entsprechend sanktioniert.

Ethik hingegen versteht sich heute als Wissenschaft, welche die Regeln, Richtlinien, Moralkodices aufschlüsselt, analysiert, vergleicht, gegebenenfalls verschiedene, alternative Wege dazu aufzeigt, aber eben nicht bewertet, nicht entscheidet, was gut und was schlecht sei.

Wir sprechen daher zwar vom „Ethos“ des Ärztestandes, bei den Richtern, Pädagogen, etc. – und meinen damit die persönliche, oft standesgeformte Einstellung. Diese muss sich aber z.B. nicht mit der katholischen Moral, oder der jüdischen, etc., decken.

AUCH ANDERES KANN „ETHISCH RICHTIG“ SEIN

Aus diesen Überlegungen heraus sind die drei Beiträge von Peter Schipka, Severin Gruber (A-D) und Josef Zemanek (Am) als christlich-moralische Beiträge im streng katholischen Sinn deutlich definier- und er-

klärbar. Unverkennbar ist jeweils ihr Ethos, das mit dem VfGH-Entscheid sehr unzufrieden ist. Vom Standpunkt oben präzisierter Ethik aber ist die Frage der Würde des Menschen nicht so eng zu sehen – egal wie man dazu persönlich steht – und sollte in einer Sachdiskussion den Spielraum einer juristischen

Interpretation offen(er) lassen, um nicht einem moralischen Vorurteil den Boden zu überlassen. So sehr ich persönlich all den Argumenten folgen kann, so muss ich doch, auch aus unmittelbar nahe Erlebtem, die Freiheit der persönlichen Entscheidung, auch der „Tatfreiheit“, als berechtigt und erlaubt ansehen.

Als Beispiel für die Würde, Ehre, Ethos in verschiedenen Gesellschaften bzw Religionen sei hier – vielleicht etwas „weit“ hergeholt – die

Harakiri-Tradition der japanischen Samurai angeführt. Diese gilt in deren Glaubensselbstverständnis als „gottgewollt“ und musste daher folgerichtig in ihrem Wertekodex bei bestimmten „Vergehen“ ausgeführt werden. Von Ritualen verschiedener „Naturreligionen“, aber auch Sokrates´ Tod sowie die nicht

NS-belastete Bandbreite der Euthanasie sind Formen, die im christlichen Werte- und Weltbild keinen Platz haben, nicht „vorkommen“ sollten, jedoch real sind. Ebenso gibt es viele glaubensbegründete Suizide bzw. Suizidbeihilfen, die jeweils in verschiedenen Religions- und Gesellschaftsformen als „ethisch richtig“

gelten – in ihrer jeweiligen „Blase“, wo sie eben in ihrem speziellen Glaubensverständnis als moralisch gut und begründet gelten.

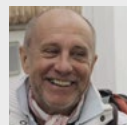
Steht es uns wirklich zu, dies zu verurteilen, nur weil es aus „unserer Wahrnehmung“, aus unserem heutigen christlichen Weltbild als nicht verständlich zu sehen ist und wir mit unserem christlichen Ethos glauben, dies nicht vereinbaren zu können? Die ungeheure Überheblichkeit des Meinungs- und Wahrheitsmonopoles wie bei der Inquisition muss hier gar nicht erst hervorgehoben werden.

AUCH TOLERANZ IST UR-CHRISTLICH

Die christliche Moral kann mit der Kraft der Überzeugung versuchen, andere Meinungen, Ideen, Ausformungen wie diese Variationen der (passiven) Sterbehilfe zu beeinflussen, umzustimmen, zu überzeugen – aber den Menschen, denen diese VfGH-Entscheidung Erleichterung, Hilfe, Bedürfnis ist, auch im Sinne ihres eigenen seelischen Verständnisses, sollten diese Möglichkeiten nicht verwehrt werden, sofern sie natürlich nicht den gesetzlichen Rahmen unserer Verfassung verlassen – auch das erscheint mir im Sinne der gegenseitigen Toleranz ur-christlich.



dima_pics - stock.adobe.com



Mag. Dr. Michael Jahn (Pan)

war Lehrbeauftragter Fachdidaktik Ethik an der Universität Wien, der PH Wien und der Donau-Universität Krems.

QUO VADIS

RELIGIONSUNTERRICHT?

WARUM WIR UNS VOR DEM FACH ETHIK NICHT FÜRCHTEN MÜSSEN, ABER TROTZDEM NICHT ALLES GUT IST

FLORIAN WOLF



GieZetStudio – stock.adobe.com

Die Einführung des alternativen Pflichtfachs Ethik ist eine nicht unwesentliche Bewegung im Bildungssystem, die vielen nicht weit genug geht. Das Volksbegehren „Ethik für ALLE“, welches einen verpflichtenden (statt alternativen) Ethikunterricht für alle Schülerinnen und Schüler fordert, bilanzierte erst im Jänner mit insgesamt 159.979 Unterschriften (2,51 Prozent der Stimmberechtigten) und versteht dies

als einen Erfolg. Immer wieder werden Stimmen laut, die den konfessionellen Religionsunterricht – oft mithilfe verzerrter oder veralteter Bilder – kritisieren und deren pauschalisierte und realitätsferne Darstellungen in den Köpfen vieler hängen bleiben. Muss sich der konfessionelle Religionsunterricht vor einer schleichenden Abschaffung fürchten?

Kurz gesagt: Nein, denn der konfessionelle Religions-

unterricht ist nicht nur relativ gut über das Konkordat völkerrechtlich abgesichert, sondern leistet darüber hinaus in seiner bewährten Form schlichtweg wertvolle Beiträge für unsere Gesellschaft – diese bleiben aber oft unsichtbar.

DER ÖFFENTLICHE RAUM

Laizistische Bewegungen stören sich naturgemäß an der Beheimatung des kon-

fessionellen Religionsunterrichts im öffentlichen Raum. Dabei übersehen sie, dass gerade die dadurch gewonnene Transparenz ein wesentliches Qualitätskriterium ist. Religionslehrerinnen und -lehrer aller Konfessionen werden in Österreich an öffentlich-rechtlichen Hochschulen (zB KPH) ausgebildet, die Lehrpläne sind als Gesetze verankert, die Kontrolle der Lehrkräfte erfolgt sowohl durch die Religionsgemeinschaften



(Fachinspektoren) als auch durch staatliche Organe (Direktoren). Die Alternative zum öffentlichen ist der, laizistisch geforderte, private Raum. Hier wird jedoch eine Kontrolle erschwert oder gar unmöglich gemacht und sowohl Radikalisierung als auch theologischer Beliebigkeit Tür und Tor geöffnet. Als 2014 die Verherrlichung des IS im islamischen Religionsunterricht an einer Wiener Schule bekannt wurde, konnte man zumindest darauf reagieren. Die Alternative, der private Raum, hätte diese Verfehlung nicht nur nicht verhindert, sondern im Gegenteil für eine unkontrollierte Entwicklung derselben gesorgt.

DIE MÄR DES GLAUBENSUNTERRICHTS

Religionsunterricht ist seit vielen Jahren kein katechetischer Unterricht mehr, sondern gleichzeitig informierend (wie auch Ethik), als auch ein Begegnungsunterricht (im Unterschied zu Ethik). Religionslehrer sind nicht nur Wissensvermittler, sie „outen“ sich als (oft erste)

gläubig-praktizierende Bezugspersonen und nehmen klare Positionen, Haltungen und Werte an. Für viele Jugendliche ist das die zentrale Bereicherung des Faches, unabhängig davon, wie sie zu ihrem Bekenntnis stehen.

Es wird immer weniger und in vielen Familien leider nur noch aus traditionalistischem Denken heraus getauft. Dem Motto „mein Kind soll irgendwann einmal selbst entscheiden, was es glauben will“ gemäß, wird es vor jedwedem religiösen Einfluss „geschützt“ und es entsteht ein religiöser Alphabetismus. Analog stelle man sich vor, ein Kind bekäme keine Geschichten vorgelesen, weil es später einmal seinen Literaturgeschmack selbst finden sollte!

Kinder und Jugendliche haben jedoch im Lauf ihres jungen Lebens irgendwann religiöse Fragen, aber es fehlt ihnen der Raum wie auch der Gesprächspartner, um diese zu artikulieren – das Zuhause wird als religionsleer empfunden, Gotteshäuser wirken unnahbar. Und hat ein junger Mensch doch den Mut auf eigene

Faust Kontakt zu suchen, besteht unweigerlich die Gefahr in pseudoreligiöse oder sektiererische Kreise abzurutschen, da ihm jedwede Grundkompetenz in dieser Thematik fehlt. Diesen richtigen Umgang mit dem eigenen Glauben (und nicht, wie man richtig glaubt!) zu vermitteln, ist eine weitere Kernaufgabe des konfessionellen Religionsunterrichts.

DIE „ANDEREN“

Die (falsche) Vorstellung, er stünde in Konkurrenz oder gar Feindschaft zu den „Marktmitgestaltern“ anderer Konfessionen, eint Gegner wie Befürworter des Religionsunterrichts. Das Gegenteil ist der Fall. In Ös-

terreich gibt es nicht nur ökumenische Kooperationen wie den „dialogisch-konfessionellen Religionsunterricht“, sondern auch interreligiöse Projekte (wie derzeit in Graz mit einem christlich-islamischen Religionsunterricht, in welchem beide Lehrer für mehrere Stunden beide Gruppen gemeinsam unterrichten). Die Intention dahinter ist ein gegenseitiges Lernen von- und miteinander und nicht bloß ein Reden übereinander.

Und gerade weil konfessionelle Religionslehrer (im Unterschied zu Ethiklehrern) ein „Etikett“ tragen, stellt der Kontakt zu den „Anderen“ nie eine Gefahr dar, sondern ist im Gegenteil stets eine Bereicherung,

**AV Astoria Druck
(1/4 87 x 116)**

die unbedingt weiter forciert werden müssen.

ETHIK WIRD DEN RELIGIONSUNTERRICHT ERSETZEN?

Mitnichten. Was allgemeiner Volksglaube ist, lässt sich in jenen Schulen, die den Ethikunterricht als Schulversuch haben, nicht belegen. Der Ethikunterricht hat dort keinen signifikanten Einfluss auf An- und Abmeldezahlen. Und der bereits mehrmals erwähnte Unterschied, dass ein Religionslehrer nicht nur Vermittler, sondern auch Vertreter ist, macht dieses Fach weiterhin für viele Jugendliche attraktiv. Deshalb verwundert es nicht, dass gerade die Kirchen schon

lange den alternativen Ethikunterricht fordern. Vor allem die katholische Kirche verspricht sich Planbarkeit, was die Besetzung der Religionsstunden betrifft.

DIE WIRKLICHE GEFAHR

Summa summarum stellen weder die Konzeption als wertebildender Erfahrungsunterricht, noch der interreligiöse Dialog oder gar die Einführung eines alternativen Pflichtfaches eine Gefahr für den konfessionellen Religionsunterricht dar. Es wäre aber beschönigend, würde man sagen, dass daher alles gut sei. Denn vom Schuljahr 2010/2011 bis zum Schuljahr 2019/2020 stiegen die Abmeldezahlen in der Erzdiö-

zese Wien von 14,2 Prozent auf 17,3 Prozent – gleichzeitig blieben die absoluten Zahlen annähernd konstant (24.019 auf 23.957). In der Stadt Wien sanken sie sogar von 16.662 auf 14.946.

Was sagen uns diese Zahlen? Die wirkliche, langfristige Gefahr für den römisch-katholischen Religionsunterricht ist nicht ein äußerer Einfluss wie das Erstarken anderer Konfessionen/Religionen, oder dass die Freistunde (vulgo „gemma Kebab“) nun Ethik heißt.

Vielmehr ist es der zunehmende Bedeutungsverlust des römisch-katholischen Christentums in der Gesellschaft. Wie kann man gegensteuern? Die Liste der Möglichkeiten ist lang. Eine Option ist sicherlich ein starker und sichtbarer konfessioneller Religionsunterricht, der in der Gesellschaft als wichtig und wertvoll wahrgenommen wird und der dazu beiträgt, dass Kinder und Jugendliche zu Erwachsenen werden, die Verantwortung für ihr Bekenntnis übernehmen.



Mag. Florian Wolf BA (Alp)

ist Lehrer für katholische Religion und Deutsch am BORG Guntramsdorf (NÖ).

REZENSION

UND KEINER GEH' AUS UNSERM BUND VERLOREN Peter Krause (Rt-D)

Der Titel der Geschichte des SchwStV ist seinem Bundeslied entnommen, einem der beeindruckendsten studentischen Lieder überhaupt. Der 1841 gegründete Schweizerische Studentenverein (StV) mit seinen 6600 Mitgliedern nimmt das Jubiläum zum 175. Jahr seines Bestehens zum Anlass, die Vereinsgeschichte des letzten Vierteljahrhunderts umfassend darzustellen und in den längeren historischen Kontext einzuordnen. Mehr als der Öffentlichkeit bewusst ist, haben die „Kulturrevolutionen“ der 1960er und 1970er

Jahre den StV verändert. Der ehemals eindeutig dem Milieu des politischen Katholizismus zugeordnete Verein ist in den letzten Jahren vielfältiger geworden. Mit der 1968 beschlossenen Vollmitgliedschaft für Studentinnen nahm der Studentenverein in der Geschichte des schweizerischen und auch des europäischen Couleurstudententums eine Vorreiterrolle ein. Angestoßen vom II. Vatikanischen Konzil der römisch-katholischen Kirche (1962–1965) und von den gesellschaftlichen Transformationen, machte der StV tiefgreifende Wandlungen durch, deren langfristige Bedeutung im vorliegenden Band zum Ausdruck kommen.

Zusammen mit diesem hat der Verfasser, der StV-Historiker und ehemalige Rektor der Uni Freiburg i.Üe. Urs Allematt (FR, BbG), die zum 150. Vereinsjubiläum 1993 erschienene Festschrift „Den Riesenkampf mit dieser Zeit zu wagen“ auch neu aufgelegt. Beide Bände leisten mit zusammen 662 Seiten einen sehr wichtigen Beitrag zur Studenten-, Universitäts- und Bildungsgeschichte der Schweiz.

Urs Allematt (FR, BbG) (Hg):
Den Riesenkampf mit dieser Zeit zu wagen (Band 1, Neuauflage)
Und keiner geh' aus unserm Bund verloren (Band 2)

Stämpfli-Verlag
ISBN 978-3-7272-6023-0
und ISBN 978-3-7272-6024-7



KATHOLISCHE SOZIALLEHRE, CHRISTLICHE DEMOKRATIE UND DIE ÖVP

PETER DIEM

In der *Academia* 6/20 wurde die Broschüre „Christlich-soziale Signaturen – Grundlagen einer politischen Debatte“ der Politischen Akademie der ÖVP ausführlich besprochen. Was dabei fehlte, war ein Hinweis darauf, welcher Bezugspunkt in der Entwicklung der katholischen Soziallehre von den Autoren gewählt wurde.

DER HEUTIGE STAND DER KATHOLISCHEN SOZIALLEHRE

Seit Kriegsende haben sich die Päpste in einer Reihe von Sozialenzykliken artikuliert. In der Regel gehen diese sehr detailliert auf die Probleme der (Welt-)Gesellschaft ein, so vor allem das Schreiben *Octogesima adveniens* (1971). Papst Franziskus hat bisher zwei Grundsatzdokumente veröffentlicht: *Evangelii Gaudium* (2013) widmet sich zwar hauptsächlich der Evangelisierung der Welt, kritisiert aber auch den Finanzkapitalismus. Der Papst beklagt die ungleiche Verteilung des Reichtums und der Güter. Das derzeitige Wirtschafts-

system sei „in der Wurzel ungerecht“. Es töte, weil es allein nach dem Gesetz des Stärkeren funktioniere und eine Kultur des Abfalls schaffe, in der Menschen „wie Müll behandelt würden“. Mit der *Enzyklika Laudato si* (2015) macht der Papst auf unsere Verantwortung für die Umwelt aufmerksam, indem er sich mit erstmals intensiv mit Fragen der Schöpfungstheologie, der Ökologie und des Klimawandels befasst. Mit einem rein technologischen Fortschrittsglauben und einem nur auf Gewinn ausgelegten Wirtschaftssystem sowie mit Moralvorstellungen, nach denen sich jeder selbst der Nächste ist, „fahre die Menschheit die Welt und sich selbst an die Wand.“

Wer ein wenig über die Geistigkeit der Neuen Volkspartei nachgedacht hat, wird sich nicht wundern, dass auf den

452 Seiten der Broschüre außer auf *Rerum Novarum* (1891) und *Quadragesimo Anno* (1931) keine einzige seit dem Krieg erschienene Sozialenzyklika diskutiert wird. Bezugnahmen auf die Heilige Schrift als eigentliche Quelle christlichen Handelns kommen in dieser umfangreichen Textsammlung nur ausnahmsweise vor:

Matthias Beck leitet die prinzipielle Gleichheit aller Menschen vor Gott aus Gal 3,28 ab: „Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht Mann und Frau; denn ihr alle seid «einer» in Christus Jesus.“ Er hätte auch Mt 23,8 zitieren können: „Ihr aber sollt euch nicht Rabbi nennen lassen; denn nur einer ist euer Meister, ihr alle aber seid Brüder“. Aber der Begriff der Brüderlichkeit passt offenbar nicht so gut in das in der „Neuen

Volkspartei“ herrschende Welt- und Gesellschaftsbild – siehe ihre Positionen zum Thema „Einwanderung“. Christian Moser-Sollmann fordert für das Thema „Nachhaltigkeit“ den Rang eines Prinzips der Soziallehre unter Hinweis auf Genesis 2,15: „Gott, der Herr, nahm also den Menschen und setzte ihn in den Garten von Eden, damit er ihn bebaue und hüte.“

Mit der – hellbraun eingebundenen – Broschüre „Christlich-soziale Signaturen – Grundlagen einer politischen Debatte“ versucht die Politische Akademie, die von der „Neuen Volkspartei“ relativ weit rechts von der Mitte eingenommene Position unter bewusstem Ignorieren der aktuellen Aussagen der katholischen Soziallehre ideologisch zu untermauern. Man darf gespannt sein, ob es dazu Gegenstimmen geben wird.



Dr. Peter Diem (Rd)

war Bundes-Organisationsreferent und Grundlagenforscher in der Bundesparteileitung der ÖVP, später Leiter der Abteilung Medienforschung im ORF. Seit seiner Pensionierung ist er u.a. Mitherausgeber des digitalen Wissensnetzes „Austria-Forum“.

FACEBOOK LIEST MIT?

Daten sind das neue Gold – und Firmen schrecken vor wenig zurück, dieses auch zu schürfen. Die neuen Datenschutzbestimmungen von WhatsApp sind für Europäer ein Hund, der bellt, aber nicht beißt. Dennoch zeigen sie uns, wohin die Reise gehen könnte.

WOLFRAM KREIPL



Brad Pict – stock.adobe.com

Anfang Jänner diesen Jahres schlug der Messengerdienst WhatsApp sowohl bei Datenschützern als auch in vielen Medien hohe Wellen: Die angekündigten „Änderungen in den Datenschutzrichtlinien“ ließen die Downloadzahlen von Alternativ-Diensten wie „Signal“ und „Telegram“ nach oben schießen, weil besorgte Nutzer die Plattform WhatsApp

wie ein sinkendes Schiff verließen. Der 8. Februar sollte der schicksalhafte Tag sein, an dem Facebook – der Eigentümer des Dienstes – die ultimative Kontrolle über die Daten der WhatsApp Nutzer erlangt.

Die gute Nachricht zuerst: Ganz so schlimm, wie es viele Plattformen dem Laien vermitteln wollten, ist die

Situation aber nicht. Das vermeintlich gefährliche Update wurde einstweilen auf den 15. Mai verschoben – ein Zeitraum, den man nutzen sollte, um sich ein Bild über die Tatsachen zu machen.

NICHTS NEUES FÜR EUROPA...

Zwei Dinge sind klar: WhatsApp sammelt Daten seiner

Nutzer und gibt diese auch weiter. Was allerdings mit diesen Daten gemacht wird ist nicht überall gleich, denn seit 2016 hat WhatsApp im Wesentlichen zwei Datenschutzerklärungen: eine für den europäischen Wirtschaftsraum und eine für den Rest der Welt. Beide sind in deutscher Sprache verfügbar, was bei vielen Nutzern, die sich nur oberflächlich



damit auseinandergesetzt haben, für Verwirrung sorgte. Die europäische Regelung gibt vor: „Keine der Informationen, die WhatsApp auf dieser Grundlage weitergibt, dürfen für die eigenen Zwecke der Facebook-Unternehmen verwendet werden.“ Dies bedeutet, dass Daten zwar an Facebook weitergegeben werden können, diese jedoch beispielsweise nicht für personalisierte Werbung verwendet werden dürfen. Diese Regelungen für Europa waren von keiner der geplanten Änderungen betroffen.

Wer seine Nutzungsdaten nicht mit Facebook teilen will, der kann in Europa einen „Opt-Out“ machen, sich also aktiv von dieser Funktion abmelden.

...ABER FÜR ALLE ANDEREN?

Für den Rest der Welt verändern sich allerdings ein paar Dinge – es verschwindet der

„Opt-Out“, den Europäer weiterhin zur Verfügung haben werden.

Primär betreffen diese Neuerungen allerdings die Kommunikation mit Firmen. Neben den Funktionen, die wir von WhatsApp bereits kennen, ist es nämlich möglich (und vielerorts üblich), dass auf dieser Plattform Kunden und Unternehmen miteinander kommunizieren. Täglich nutzen 175 Millionen Menschen diesen Service. Die Änderungen in der Datenschutzerklärung werden Firmen mehr Möglichkeiten geben, Nutzer anzusprechen und personalisierte Werbung zu schalten. Die Firmen, die diese Dienste nutzen, werden die Kommunikation mit ihren Kunden ebenso für ihre eigenen Zwecke verwerten können.

Werbung soll es auf WhatsApp vorerst zwar keine geben – mit diesen Änderun-

gen wirkt das aber nur mehr wie eine Frage der Zeit.

WERDEN WIR AUSSPIONIERT?

Nein. Zumindest nicht von WhatsApp. Der Dienst nutzt für Nachrichten zwischen zwei Personen und in Gruppen sogenannte „End-to-End Encryption“, eine Art der Verschlüsselung, die es ausschließlich Sender und Empfänger möglich macht, den Inhalt der gesendeten Nachrichten zu lesen. Auch die eigenen Kontakte und der Anrufverlauf sind privat.

Einige Dinge wie etwa Akkustand, Verweildauer, der Ort des Nutzers und auch sensitivere Daten wie Profilbild, Nutzernamen und Status werden allerdings sehr wohl gesammelt. So kann Facebook beispielsweise sehen, welche Features der App besonders belastend für den Akku des Gerätes sind. Hier ist Eigenverantwortung des Nutzers

gefragt. Man sollte sich bewusst sein, dass man bei kostenfreien Diensten meist mit den eigenen Daten bezahlt.

WAS GIBT ES SONST NOCH?

Viele Nutzer – darunter das türkische Verteidigungsministerium – entschieden sich aufgrund der Neuerungen in der Datenschutzerklärung dazu, WhatsApp zu verlassen, obwohl sie von den Änderungen womöglich unberührt bleiben. Alternative Messengerdienste, die vorwiegend mit Sicherheitsfunktionen und Privatsphäre werben, erfreuten sich seit der kontroversen Änderungskündigung großer Beliebtheit. Die Vorreiter sind Signal und Telegram. Während WhatsApp nach wie vor der absolute Platzhirsch ist und die höchsten Nutzerzahlen vorweisen kann, sammeln die beiden kleineren Alternativdienste weitaus weniger Daten.



Urupong - stock.adobe.com

Der „sicherste“ unter ihnen ist mit Abstand Signal. Dieser wird von einer NGO betrieben, finanziert sich durch Spenden und arbeitet mit denselben Sicherheitsprotokollen wie WhatsApp. Nachrichten und Anrufe sind ausnahmslos verschlüsselt. Alles was der Dienst über seine Nutzer kennt, ist die Telefonnummer – und von dieser wird nicht auf die Person rückgeschlossen. Der Betreiber sieht keinerlei anderen Informationen. Aufgrund dieser Features erfreute sich der Dienst besonderer Beliebtheit bei Whistleblowern und Personen in repressiven Regimen.

Privatsphäre und leichte Nutzbarkeit stehen allerdings gerade bei solchen Diensten an scheinbar unvereinbaren Positionen. Während Signal den Fokus auf besonders hohe Sicherheit legt, versucht Telegram einen Mittelweg zu finden, bei dem die Nutzbarkeit möglichst hoch bleibt. Große Gruppen und Massennachrichten sind kein Problem für den Dienst. Auch ist es möglich, Telegram unabhängig voneinander auf

mehreren Geräten gleichzeitig zu betreiben. (Bei WhatsApp ist dies nur möglich, wenn das Smartphone in der Nähe des PC oder Notebooks ist und es eine Internetverbindung hat.) Dies geschieht, indem die App Chats in der „Telegram-Cloud“ speichert. Die Nachrichten sind also nicht „End-to-End“ verschlüsselt und somit auch prinzipiell von Dritten lesbar. Der Gründer Pavel Durov bestreitet, dass dies tatsächlich passieren kann, und sagt, dass andere Arten der Verschlüsselung, die das Speichern der Chats ermöglichen, verwendet werden. Von seinen Nutzern speichert Telegram nur Nutzernamen, die Kontakte in der App und die Telefonnummer.

SOLLTE MAN WHATSAPP LÖSCHEN?

Die Frage, welchen Messengerdiensten man vertraut, ist eine, die sich jeder persön-

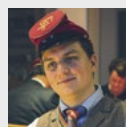
lich stellen muss. Wer bis jetzt WhatsApp verwendete, vielleicht auch noch ein Facebook-Konto hat und nur aufgrund der neuen Datenschutzerklärung den Dienst wechseln möchte, wird keine großen Vorteile daraus ziehen. Insbesondere in Europa wird auch bei WhatsApp alles beim Alten bleiben – es empfiehlt sich jedoch, den erwähnten „Opt-Out“ zu nutzen. Jene Nutzer, denen Datenschutz besonders wichtig ist, kann ein Wechsel auf Signal empfohlen werden; dies geht allerdings auf Kosten vieler vorhandener Kontakte, da WhatsApp nach wie vor der marktführende Messengerdienst mit den größten Nutzerzahlen ist. Telegram sollte nur verwendet werden, wenn man von der Funktionalität überzeugt ist und keine sensiblen Inhalte verschickt.

Schlussendlich wird fast niemand einen Vorteil durch ei-

nen Wechsel von WhatsApp hin zu einem anderen Dienst erfahren – auch wenn man langfristig wohl etwas ruhiger schlafen könnte.

QUO VADIS?

Auch wenn die neuen Datenschutzbestimmungen von WhatsApp für Europäer keine Auswirkungen haben, so sind sie für uns alle richtungsweisend. Wir sehen, woher der Wind weht und was uns drohen könnte, wenn der europäische Datenschutz aufgeweicht wird. Selbst jetzt grenzt gezielte Werbung bereits an Magie. Mit fast übernatürlicher Genauigkeit werden uns Produkte, Webseiten und sogar Nachrichten maßgeschneidert. Dies birgt nicht nur Vorteile für den Verbraucher. Unsere Daten sind ein wertvolles Gut, und wir sollten sie auch so behandeln. Guter Datenschutz beginnt immerhin beim Nutzer.



Wolfram Kreipl (Vi, Lo)

studiert Lehramt für Mathematik und Physik an der Universität Salzburg. Sein Schwerpunkt ist die Aufbereitung moderner Mathematik für den Unterricht. Er ist Mitglied der Academia-Lehrredaktion.

HELIKOPTERELTERN TREFFEN AUF DIE GENERATION SCHNEEFLOCKE

WOLFGANG TÜRTSCHER

Unter Helikoptereltern versteht man überfürsorgliche Eltern, die sich ständig in der Nähe ihrer Kinder aufhalten, um diese zu behüten und zu überwachen. Man verwendet die Metapher eines ständig um die Kinder kreisenden Beobachtungs-Hubschraubers für solche Eltern, deren Erziehungsstil durch Überbehütung und exzessive Einmischung in die Angelegenheiten der Kinder oder Heranwachsenden geprägt ist. - Die „Generation Snowflake“- Schneeflocken – sind Kinder und Jugendliche, die bei der leisesten Kritik schmelzen und mit dem Erwachsenwerden heillos überfordert sind.

Diese Begriffsbestimmung ist notwendig, um die Entscheidung des österreichischen Bildungsministeriums vom 12. März 2021 zu verstehen, das die mündliche Reifeprüfung 2021 absagt und mehr als eine Schularbeit pro Semester verbietet.

Was war das doch für ein Aufatmen im österreichischen Bildungsbürgertum, als die ÖVP im Nationalratswahlkampf 2017 im Bereich Bildung „ungewohnte Töne“ anschlug: Da galt es,

das „differenzierte Bildungssystem“ zu erhalten, da sollten Leistungsniveaus durch Noten dokumentiert werden, da waren plötzlich Lehrer wichtiger als schulorganisatorische Fragen, da sollten für benachteiligte Kinder die Sonderschulen wieder ausgebaut werden, die Lehre gestärkt und als Voraussetzung für einen Schulbesuch die deutsche Sprache beherrscht werden. Was heute selbstverständlich klingt, war nach drei sozialdemokratischen Bildungsministerinnen eher ungewöhnlich. Mit der schwarzblauen Regierungsbildung im Dezember 2017 bekamen diese Vorhaben mit Heinz Faßmann dann auch noch ein sympathisches Gesicht! Die an Leistung orientierte bürgerliche Bildungswelt war wieder in Ordnung!

Helikoptereltern und Schneeflocke haben eine unheilige Koalition gebildet und es geschafft, Heinz Faßmann dazu zu bringen, die mündliche Matura 2021 abzusagen und noch dazu den Schulen

zu verordnen, im Sommersemester 2021 nur eine Schularbeit zu schreiben. Und das, nachdem das Semester schon einige Wochen alt ist und die Schulen ihren Schülern ganz andere Ankündigungen gemacht haben.

Das Bildungsministerium hatte im Jänner 2021 angekündigt, für die mündliche Reifeprüfung 2021 die Möglichkeit zu schaffen, die Zahl der „Themenkörbe“ bis zu einem Drittel zu kürzen – je nachdem, was schon unterrichtet worden ist. Das wird jetzt alles plötzlich ersatzlos gestrichen!

Seit dem ersten Lockdown im März 2020 haben die Schulen alles unternommen, um den Unterricht unter bisher ungewohnten Bedingungen sicherzustellen – Fernunterricht, geteilter Unterricht, Selbstlernphasen – alles Dinge, die besser geklappt haben, als man sich das vorgestellt hat.

Mit diesen Einschränkungen hat die oberste Schulbehörde

ihren Schulen „mitgeteilt“, dass sie es nicht geschafft haben, ihre Schüler ordentlich auf die Reifeprüfung vorzubereiten bzw. ein reguläres Schuljahr abzuwickeln. Möglich war das deshalb, weil das Ministerium mehr auf Eltern- und Schülervertreter gehört hat, denen das momentane Wohlbefinden ihrer Klientel wichtiger ist als seriöse Bildungsarbeit. Helikopter und Schneeflocke haben sich durchgesetzt!

Und was kommt 2022? – Die Maturanten dieses Jahrgangs waren in der 6. Klasse des Gymnasiums bzw. der 3. der BHS, als es zum ersten Lockdown kam. Sie werden argumentieren, dass man von ihnen keine vollwertige Matura verlangen kann, weil sie ja zwei Jahre lang keinen „ordentlichen Unterricht“ erhalten hätten.

Glaubt in Österreich noch irgendjemand, dass die traditionelle Reifeprüfung im bisherigen Umfang noch einmal stattfinden wird?



ÖStR Mag. Wolfgang Türtscher (Le)

unterrichtet am BG Bregenz-Blumenstraße Deutsch, Geschichte und Ethik. Er war Obmann der ÖAAB-Lehrer Vorarlbergs von 2011–2020 und ist seit 2015 Pressesprecher der Initiative „Pro Gymnasium“.

INTELLIGENTE STRATEGIEN STATT PANISCHER ABLEHNUNG

Was haben ein Tafelspitz und das Akkupack eines Elektroautos gemeinsam? Mehr als man denkt. Man muss nur bereit sein, hitzige Betroffenheitsdebatten mit Bedacht zu führen. Ein Plädoyer für kühle Köpfe und mehr Hirnschmalz von...

FLORIAN KAMLEITNER



„Österreich hat vier Millionen Teamchefs“, befand dereinst Fußball-Ikone Didi Constantini und wies damit treffend auf Wesen und Triebfeder jeder heftigen Grundsatzdebatte hin, ob auf Buden, Stammtischen oder in sozialen Netzwerken: Mit zunehmender Emotionalität sinkt die Sachlichkeit, dafür nimmt die angebliche „Expertise“ zu. Constantini war Fußball-Teamchef, aber er hatte es damit noch gut erwischt. Denn noch öfter, sogar 8,9 Millio-

nen Mal gibt es in Österreich: Unterrichtsminister (in der Schule war jeder), Verkehrsexperte (Auto oder Rad fährt/fuhr jeder), Covid-19-Fachmann und Professor für Technologie und Nachhaltigkeit – einem Fach, in dem das Totschlagargument zu fast allem zu befähigen scheint. Dazu drei Beispiele. Lithium ist der Rohstoff des 21. Jahrhunderts. Es dazu geführt, dass jeder einen kleinen Supercomputer in seiner Hosentasche spazieren tra-

gen kann, und in größerer Ausführung soll es die Dekarbonisierung des täglich-fälligen individuellen Mobilitätsbedürfnis ermöglichen. Lithium-Ionen-Akkus erlauben hohe Energiedichten und häufige Ladezyklen. Weltweit werden mehr als zwei Drittel des global verfügbaren Lithiums in Chile gefördert. (Österreich verfügt auf der Koralm über abbauwürdige Vorkommen.) Vor allem die Salzseen der Atacama Region sind bekannt. Dort werden mit Grundwasser Salzla-

ken erzeugt, mit Sonnenlicht eingedampft und anschließend weiterverarbeitet werden. Für ein Kilogramm Lithium werden ungefähr 2000 Liter Wasser benötigt. NGOs kritisieren vor allem, dass das sensible Grundwasser in einer der trockensten Regionen weltweit angezapft wird und durch Verdunstung verloren geht. Für einen durchschnittlichen Akku eines Fahrzeuges benötigt man in etwa sieben Kilogramm Lithium (was rund 80 Kilogramm Lithiumcarbonat für

einen Akku entspricht) und damit 14.000 Liter Wasser. Das ist schon sehr viel.

Aber zum Vergleich: Um eine Portion Tafelspitz für eine vierköpfige Familie, also etwa ein Kilogramm Premiumfleisch zu produzieren, findet man in der Literatur einen Wert von 15.000 Liter Wasser und für ein Kilogramm Kaffee sagenhafte 21.000 Liter. Der Lithiumabbau in Südamerika läuft bestimmt nicht unter den gleichen Bedingungen ab, wie er in Europa stattfinden würde. Deswegen aber die gesamte Elektromobilitätswende in Frage zu stellen, müsste gleichbedeutend genauso für Benzin und Diesel gelten, wenn es zu einem Ölaustritt bei der Offshore-Förderung kommt.

GIBT ES IN CHINA NOCH KINDERARBEIT?

Ein weiteres Lieblingsthema fast aller Entwicklungsverweigerer sind seltene Erden, die für die Elektronik des 21. Jahrhundert benötigt werden. Kinder schürfen sie unter schrecklichen Bedingungen. Doch auch diese Sache hat einen Haken. Das Mineral, welches traurige Berühmtheit im Zusammenhang mit Kinderarbeit, Versklavung und Ausbeutung erlangte, ist Coltan (Columbit-Tantalit), welches zur Produktion von Tantal benötigt wird. Es wird vor allem in der Grenzregion von Ruanda und der Demokratischen Republik Kongo gefördert, einer Region ohne Recht und Ordnung.

Tantal ist aber per Definition keine seltene Erde. Seltene Erden sind Yttrium, Scandium und die Elemente der Lanthanoide. Sie werden zu 80 Prozent und mehr in China (Innere Mongolei) gefördert und produziert. Dies ändert jedoch nichts daran, dass 25 Prozent (und wahrscheinlich mehr) des global produzierten Tantaleres als Konfliktmineral einzustufen sind und damit ein hoher Blutzoll für die Digitalisierung bezahlt werden muss.

Genauso sind aber auch zehn Prozent des global produzierten Goldes als Konfliktmineral einzustufen, und das aus mehr als einer Region der Welt, darüber redet aber niemand. Vor allem aber, wenn man die global produzierten Mengen Coltan mit denen von Gold vergleicht, sind das absolut andere Mengen, die hier geschürft werden.

Wir leben in einer globalisierten Welt, wo der Konsument über die sozialen Medien sehr viel Macht hat, etwas zum Positiven zu beeinflussen. Wenn wir stärker in der Sache argumentieren und für ein nachhaltiges Lieferkettenmanagement für Produkte, welche in der EU angeboten werden, einsetzen, dann hilft das den Menschen in Konfliktregionen mehr.

MAROKKO UND UNSERE ÄCKER

Noch ein Beispiel, warum wir eine generalisierte Debatte zu unserem Umgang mit endlichen Ressourcen führen

sollten: Phosphor. Er ist besonders wichtig für unsere Landwirtschaft – als wichtiger Bestandteil von Kunstdünger. Weltweit mit Abstand wird die größte Menge an Phosphaten in Marokko gefördert. Die Phosphate aus den Minen haben einen immensen Nachteil: Sie sind mit Schwermetallen verunreinigt. Dies bedeutet, dass die Minerale entsprechend aufbereitet werden müssen, was den Preis für Phosphat in den letzten Jahren stetig steigen ließ. Dies führte leider auch dazu, dass in Europa vermehrt weniger gut aufbereitete Phosphate auf die Böden kamen und damit Verunreinigungen mit Schwermetallen (Cadmium, Blei, Uran und andere).

DAS PROBLEM REALISTISCH SEHEN

Es führt zu nichts, in der öffentlichen Debatte fortwährend das Elektroauto, den Tafelspitz, oder das Mobiltelefon madig zu machen. Noch weniger bringt es, Angst zu schüren. Vielmehr ist es notwendig, trotz emotionaler Diskussionen den Blick aufs Ganze nicht zu verlieren: Wir haben ein Pro-



blem mit der Art, wie wir mit endlichen Ressourcen umgehen. Noch befinden uns in der bequemen Position, den globalen Wettbewerb mit unseren Standards zu prägen, die genannten Beispiele zeigen aber auch unsere blutige Abhängigkeit bei den strategischen Ressourcen des 21. Jahrhunderts.

Wir Europäer haben es bitter notwendig, unseren Hunger auf neue Ressourcen zu reduzieren und die europäischen Maßnahmen des Kreislaufwirtschaftspakets, der Bioökonomiestrategie und des Green Deals mitzutragen. Es sind wichtige Maßnahmen, den europäischen Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig zu halten und die Abhängigkeit vom Rohstoffimport zu reduzieren.



Dr. Florian Kamleitner (Rd)

ist Projektmanager im Kunststoff-Cluster bei „ecoplus. Niederösterreichs Wirtschaftsagentur GmbH“.

BILDQUELLENVERZEICHNIS:

S. 11 Autorenbild Mag. Peter Webinger: © BMI / A. Tuma

S. 35 Autorenbild Dr. Peter Diem: Joadl – Eigenes Werk / „Peter Diem im Jahre 2008“ / https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Diem#/media/Datei:Diem_Peter_2008.jpg / CC BY-SA 3.0

HASSERFÜLLT UND SCHÄBIG

HERBERT KASPAR

1966 hatte ich mit dem Studium begonnen. Für einen neugierigen und politisch interessierten 18-Jährigen war es eine spannende Zeit: nach dem Dahinsiechen der Großen Koalition brachte die ÖVP-Alleinregierung frischen Wind in die Innenpolitik, gesellschaftspolitisch sorgte die 68er-Bewegung für Turbulenzen, nicht nur auf den Unis. Dann kam, nach nur vier Jahren, ein radikaler Farbwechsel mit anschließend 13 Jahren SPÖ-Alleinregierung. Als diese zu Ende ging, versuchte die SPÖ mit einer Koalition mit der FPÖ noch ein wenig länger die ÖVP von der Regierung fernzuhalten. Das scheiterte 1986 und es kam zur Neuauflage der Großen Koalition, mit der ÖVP als Juniorpartner. Nach anfänglichen Erfolgen (Privatisierungen, Steuerreform) kam es rasch wieder zu starken Abnützungen, sodass es nach der Wahl 1999 die ÖVP mit der FPÖ probierte, was allerdings im „Schöpfungsplan“ der SPÖ (und der ihr verbundenen Medien) nicht

vorgesehen war. Trotz gekonnt inszenierter „Proteste“ im In- und Ausland kam es 2000 erstmals zu einer schwarz-blauen Koalition, die bis 2006 immerhin eingiges zustande brachte. Dann wieder eine GroKo: vier ÖVP-Chefs zerschellten am Populisten Faymann, der seinerseits an der eigenen Partei scheitern sollte. Auch für die ÖVP trat ein neuer Spitzenkandidat an, der trotz (oder wegen) diverser Fouls der SPÖ (Stichwort Silberstein!), den Wählerwunsch nach Beendigung der GroKo erfüllte. Diese Regierung platze spektakulär, als das Ibiza-Video auftauchte. Die weitere Geschichte ist bekannt.

Abwechslungsreiche Jahre mit ausreichend Stoff für heftige Auseinandersetzungen. Aber niemals in diesen 55 Jahren war der Ton so hinterhältig, so niederträchtig und so hasserfüllt wie heute. Obwohl wir angesichts einer hartnäckigen Pandemie wahrlich andere Sorgen haben und alle Kräfte beim

Kampf gegen das Virus mithelfen sollten, führen die drei Oppositionsparteien in einem Parlamentsausschuss einen unerbittlichen Feldzug zur Beschmutzung des Kanzlers, seiner Mannschaft und seiner Partei. Nein meine Damen und Herren Inquisitoren: nicht Kurz oder Blümel haben sich in Ibiza zum Affen gemacht, sondern zwei Loser aus der FPÖ, die mittlerweile bedeutungslos sind. Und weil es daher nichts mehr bringt, auf die FPÖ loszudreschen, pervertieren die Zündler aus SPÖ und Neos – unter kräftiger Mithilfe von interessensgeleiteten Medien – den Ausschuss zu einem lustvollen ÖVP-Bashing, bei dem noch dazu die FPÖ (!) kräftig mittut, anstatt sich in einen Winkel zu verkriechen und verschämt den Mund zu halten. Für mich haben sich verantwortungslose Politi-

ker wie Beate Meinl-Reisinger, Stephanie Krisper, Kai Jan Krainer oder Christian Hafenecker für künftige Aufgaben in diesem Land ebenso gründlich disqualifiziert, wie der „Kurz muss weg“-Brüller Kickl, der die Pandemie für Hetze und Profilierung missbraucht.

Diese Elemente, die Spaltung und Zwietracht in unsere Gesellschaft tragen, werden keinen Erfolg haben. Die Regierung wird durchhalten und Rahmenbedingungen für die Zeit nach der Krise schaffen. Es bleibt aber die Sorge, welche Eindrücke jüngere Menschen von diesem unwürdigen Theater mitnehmen und welchen Schaden unser Zusammenleben davontragen wird. Merkwürdigerweise hört man darüber kein Wort des Herrn Bundespräsidenten.



Prof. Dr. Herbert Kaspar (Am)

war von 2001 bis 2013 Herausgeber und von 2013 bis 2015 Chefredakteur der ACADEMIA.

LASSEN SIE UNS ÖSTERREICH GEMEINSAM


#FAIRÄNDERN



In Österreich warten überproportional viele
Adoptiveltern auf ein Kind

Adoption/Pflege als Alternative zum Schwangerschaftsabbruch

WWW.FAIRAENDERN.AT

 facebook.com/oesterreichfairaendern

Die #fairändern-Initiative finanziert sich nur aus Spenden. Wenn es Ihnen möglich ist,
so helfen Sie bitte bei der Finanzierung mit:

#fairändern Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien - IBAN: AT45 3200 0000 1271 1511

Kostenlose Bestellung von Unterschriftenlisten und weiteren Verteilartikeln unter: info@fairaendern.at

BEMERKENSWERTE ERKENNTNISSE

Ein Buch von Roman Sandgruber (Am) über Adolf Hitlers Vater liefert einen Beitrag zur Kindheit und Jugend des Diktators.

PAUL HEFELLE (F-B, BbG)

Es gibt eine Vielzahl an Abhandlungen über die NS-Zeit, der Autor selbst schreibt von bis zu 150.000 Buch- und Zeitschriftentiteln. Dennoch bringt der emeritierte Universitätsprofessor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte ein weiteres auf den Markt.

Der Anlass sind 31 Briefe, die Alois Hitler an einen Geschäftspartner geschrieben und die eine Nachfahrin dem Autor überlassen hat. „Erstmals besitzen wir damit eine authentische Quelle für das Leben der Familie in der oberösterreichischen Provinz“, so Sandgruber über die Korrespondenzen, die aus dem Jahr 1895 datieren – damals war Adolf Hitler sechs Jahre alt.

Wenngleich die Verlagsankündigung „Kindheit und Jugend Adolf Hitlers müssen neu geschrieben werden“ ein wenig reißerisch, dick aufgetragen und der Devise „Hitler sells“ geschuldet zu sein scheint, geben die Briefe nicht zuletzt aufgrund privater Anmerkungen einen Einblick in die Lebensumstände und lassen Rückschlüsse auf Charakter und Wesen des Vaters zu.

Sandgruber fördert, auch mit Hilfe bis dato nicht erschlossener Quellen, interessante Einzelheiten zu Tage. Dem Anspruch eines authentischen Blicks auf die Kindheit und Jugend Hitlers wird er also gerecht, zusätzlich wirft er den Fokus vor allem auf jene Aspekte, die Hitler selbst bewusst ausgeblendet, verdreht oder im Sinne seiner eigenen Erzählung idealisiert hat.

Der teils geschönten, teils auch von schlichten Lügen gekennzeichneten Autobiographie mögen unterschiedliche Motivationslagen zu Grunde liegen.

Zum einen wohl die quasi-religiöse Überhöhung des „Führers“, der sich selbst als neuer Messias stilisieren ließ, im Zusammenhang mit seinem Werdegang die „Vorsehung“ bemühte und (abgewandelte) biblische/religiöse Zitate verwendete.

Zum anderen aber wohl auch die mehr als verworrene Familiengeschichte, die viele Fragen aufwirft und teils inzestöse Verhältnisse aufweist. Klara Hitler, dritte Ehefrau von Alois und Mutter von Adolf, war ih-

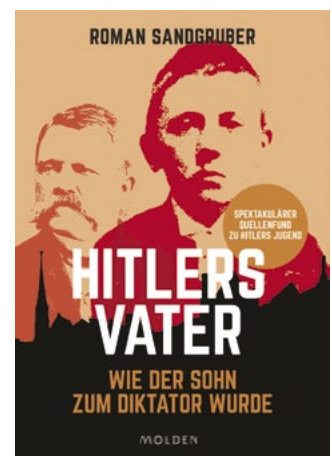
rerseits Enkelin von Johann Nepomuk Hüttler, dessen Bruder Johann Georg Hiedler der Stiefvater von Alois war. Besonders pikant: Beide Brüder kommen für die leibliche Vaterschaft von Alois infrage, die unterschiedlichen Schreibweisen wirken zusätzlich verwirrend. Klara war mit ihrem eigenen Ehemann also jedenfalls verwandt, fraglich ist nur welchen Grades.

Hitlers Vater hatte sich zum Zollamts-Oberoffizial hochgearbeitet, sein sozialer Aufstieg war also durchaus bemerkenswert. Die Familie war zwar nicht „reich“, aber keineswegs unermögend. Der Vater verdiente als Beamter gut, die Mutter und die Kinder verfügten über Sparbücher, sie über eine Erbschaft der Eltern.

Wie überhaupt die Publikation ein Bild der Mutter zu Tage fördert, welches dem (auch vom NS-Regime propagandistisch befeuerten) Bild des unterwürfigen und unselbständigen, ja vielleicht gar ein wenig dümmlichen Hausmütterchens widerspricht. So war Klara Hitler an Geldgeschäften und Be-

sitzungen der Familie wie selbstverständlich beteiligt.

Sandgruber zeigt das unsteuerte Leben einer Familie, die in den ersten Jahren des späteren Diktators oftmals den Wohnsitz wechselte – zwei Wohnsitze in Linz-Urfahr waren bis dato wohl auch aufgrund Hitlers Zutun unbekannt. Das mag daran liegen, dass eines der Häuser einem der reichsten Juden von Linz gehörte. Dass Hitlers fanatischer Antisemitismus bereits dort grundgelegt war, stellte Hitler in Abrede, ist aber laut Sandgruber nahezu gesichert.



Roman Sandgruber (Am):
Hitlers Vater – Wie der Sohn zum Diktator wurde
Molden-Verlag
ISBN: 9783222150661

IHR RECHT GEHT VOM VOLK AUS

Herbert Kaspar (Am)

Der renommierte Verfassungsrechtler Manfred Welan (F-B) und der bekannte Symbolforscher Peter Diem (Rd) nehmen den Geburtstag unseres Bundes-Verfassungsgesetzes zum Anlass für historische Betrachtungen wie auch für aktuelle (Diskussions-)Vorschläge.

Erfreulich ist, dass Welan nicht bei 1918 beginnt, sondern auch die Entwicklung seit 1848 – der „Geburtsstunde von Demokratie und Verfassung“ – berücksichtigt. Er zeigt aber auch interessante Unterschiede zwischen Erster und Zweiter Republik auf. Während 1920 die Intention „in der konsequenten Parlamentarisierung des Staates“ lag, werden „in der Zweiten Republik die Regierung und ihre Bürokratie zu dominierenden Faktoren des politischen Systems, während das Parlament an Bedeutung verlor“. Den erfahrenen Beobachter beschäftigen aber nicht nur das vielfältige Auseinanderdriften zwischen Verfassungstext und Verfassungsrealität, oder etwa auch der spezifisch österreichische Föderalismus,

sondern vor allem auch die „Brüche“ 1933/34, 1938, 1945 sowie 1995 und 2009. Allerdings hätte sich der Leser etwa zum „Anschluss“ 1938 etwas mehr Differenzierung gewünscht, wenn lapidar festgestellt wird, dass dieser „mit Billigung der Bevölkerungsmehrheit“ erfolgt sei. Auch zum EU-Beitritt und insbesondere auch zum Vertrag von Lissabon hätte man gerne etwas gelesen.

Immerhin – unser B-VG ist die älteste gültige schriftliche Verfassung Europas und der in ihr geschaffene Verfassungsgerichtshof war der erste Gerichtshof dieser Art weltweit. Dennoch, oder gerade deswegen, ist sie für Welan „ein Werk der Welt von gestern (...), ein politisches Museum voll von Mahn- und Denkmälern“. In seinen Tour d’horizon verpackt der erfahrene Fachmann eine Reihe lesenswerter Denkanstöße, etwa wenn er – um nur ein aktuelles Thema zu nennen – die Einführung der „dissenting opinion“ für den VfGH verlangt.

Grauer oder schwarzer Adler?

Auch Peter Diem ist ACADEMIA-Lesern kein Unbekann-

ter. Er beschäftigt sich detailgenau mit der Entwicklung der Wappen, Fahnen, Wappensprüche und der Denkmalkultur in Österreich. Diem schildert unter anderem die kakanische Komödie, wonach von 1945 bis in die Achtzigerjahre ein formal verfassungswidriges Bundeswappen verwendet wurde. Das hätte mit dem Wappengesetz 1984 repariert werden sollen, was aber auch nicht gelang, weshalb es heute „schwarze“ und „graumelierte“ Adler sowie verschiedene Versionen der Bundesdienstflagge gibt. Diem fordert deshalb „eine gründliche Überarbeitung“ des Wappengesetzes. (Ob dieses Thema der Koalition ein Anliegen ist? Hat doch die grüne Parteijugend wiederholt mit dem Slogan „Nimm dein Flaggerl für dein Gaggerl“ in dieser Frage deutlich „Flagge“ gezeigt.)

Welan wiederum widmet sich in einem Kapitel der Entwicklung unserer Hymnen, von der Haydn-Hymne bis zu dem „Husch-Pfusch-Verfahren“ 2011, das uns einen alles andere als allgemein akzeptierten Text beschert hat. Er plädiert für einen Prozess zur Findung eines neuen Textes, denn „ein Staatssymbol sollte die Mehrheit der

Bevölkerung hinter sich und nicht gegen sich haben.“

Zu guter Letzt stellen die beiden Autoren eine Reihe von interessanten Themen zur Diskussion, wobei einige allerdings auf sehr dünnes Eis führen. Ob Ausländer-Wahlrecht oder Einführung des Mehrheitsprinzips in der EU: Aufweichungen hier würden die Souveränität unseres Landes massiv tangieren, weshalb man bei derartigen Materien den Souverän mittels Volksabstimmung befragen sollte, denn von ihm geht ja angeblich das Recht aus.



Manfried Welan (F-B), Peter Diem (Rd):

**Ihr Recht geht vom Volk aus...
100 Jahre österreichische
Bundesverfassung –
Staatssymbolik und Staatsziele**

plattform Verlag

ISBN : 978-3950450095

LESERBRIEFE

ACADEMIA 1/2021: SCHWERPUNKT STERBEHILFE

Ich gratuliere der Redaktion und dem Chefredakteur Wilhelm Ortmayr (Lo, NdW) zur vorliegenden Februar-Ausgabe, absolut lesenswert, insbesondere die Artikel zur Änderung der Rechtslage zum Thema „Beihilfe zum Selbstmord und Tötung auf Verlangen“.

Dr. Franz Hahn (NdW)
2384 Breitenfurt

ACADEMIA 1/2021: SCHWERPUNKT STERBEHILFE

Es hat mich sehr verwundert, dass in der ACADEMIA aus ethischer, juristischer, philosophischer, anthropologischer und psychologischer Sicht derart negativ über das Urteil des österreichischen Verfassungsgerichtshofes bezüglich des assistierten Suizids berichtet wurde. In Deutschland hat das Bundesverfassungsgericht ein ähnliches Urteil gefällt, das von deutlich mehr als 80 Prozent der Bevölkerung begrüßt wurde. Ich nehme an, dass die Zustimmung der österreichischen Bürgerinnen und Bürger ähnlich hoch ausfällt.

Das Thema Sterbehilfe sollte man in erster Linie aus einem humanen Aspekt beurteilen. Es handelt sich um verzweifelte suizidwillige Menschen, die keinen anderen Ausweg sehen. Die beste palliative

medizinische Therapie oder die volle Unterstützung von Familienangehörigen und Freunden können sie nicht von ihrem Selbsttötungsplan abbringen.

Die primären Ansprechpartner sind hier die oft langjährigen Hausärzte. Sie können am besten über die körperliche und seelische Situation ihrer Patienten ein Urteil fällen. Sie sollten ihnen helfen, indem sie alle palliativen Maßnahmen, insbesondere Schmerzbekämpfung und Atemnotlinderung, intensivieren, eventuell um Bedenkzeit bitten, aber als ultima ratio die Sterbehilfe anbieten. Die Patienten sind dankbar und beruhigt, wenn sie wissen, dass ihnen der Hausarzt in einer extremen Lebenssituation beim Sterben helfen wird, auch wenn sie diese Hilfe oft letztlich gar nicht in Anspruch nehmen. Die strapaziöse Reise ins Ausland, um dort fremde Ärzte um Hilfe zu bitten, das Selbsttöten durch grausame Methoden wie Erhängen, Erschießen und Sturz von einer Brücke oder Aufprall gegen fahrende Züge, sowie die Inanspruchnahme kommerzieller Sterbehilfe-Organisationen sind keine akzeptablen Alternativen.

Es ist sehr zu begrüßen, dass sowohl der Verfassungsgerichtshof in Österreich wie das Bundesverfassungsgericht in Deutschland allen Menschen die Freiheit zuge-

stehen, selbst zu entscheiden, wann und wie sie sterben wollen, und dabei Hilfe in Anspruch zu nehmen. Keine Person und keine Institution haben das Recht, diesbezüglich Vorschriften zu erlassen. Die Ärzte werden mehrheitlich bereit sein, die Suizidhilfe zu gewähren, wenn sie keine straf- oder berufsrechtlichen Konsequenzen mehr zu befürchten haben.

Univ.-Prof. Dr.med.
Claus Werning (ArF, Rd, etc.)
D-50226 Frechen/Köln

ACADEMIA 1/2021: SCHWERPUNKT STERBEHILFE

Dank für die VfGH-Nummer! Wenn man nicht an die unsterbliche Seele glaubt, die auch in behinderten Körpern ‚wohnt‘, dann gibt es ‚unwertes Leben‘, und wenn man an kein Jenseits glaubt, dann macht man Schluss, wenn die Party keine Freude mehr macht.

Hon.-Prof.
Dr. Heinz Wohlmeyer (Nc)
3180 Lilienfeld

ACADEMIA 1/2021: „LEADERSHIP GEFRAGT!“

Es steht zu befürchten, dass der Kurz-Kult in der Academia kein Ende findet. Herbert Kaspars (Am) Kommentar ist ein beredtes Beispiel dafür: Er spricht dem derzeitigen Gesundheitsminister Anschöber

jede Qualifikation ab, rühmt das tolle Leadership des Kanzlers und vergisst, dass dieser junge Mann ebenfalls keine Qualifikation hat.

Im Gefolge der Blümel-Affäre wurde und wird von führenden ÖVP-Funktionären, an der Spitze der Bundeskanzler, gefolgt von seiner Verfassungsmministerin, harte Kritik an der Justiz, vor allem an der Korruptionsstaatsanwaltschaft geübt. Diese Kritik wurde wiederum von zahlreichen Persönlichkeiten kritisiert, so vom Präsidenten des Innsbrucker Oberlandesgerichts Klaus Schröder (Vi) dem früheren EU Kommissar Franz Fischler (Merc). Deren Kritik kann man nicht dadurch entschärfen, dass man sie Linken zuschreibt. Das ist bei diesen beiden Personen wohl nicht möglich.

Der Eindruck, dass ein West-Orbánistan angestrebt wird, überrascht nicht, wenn man sich erinnert, dass der erste ausländische Gast der damals neuen Regierung Kurz-Strache eben jener Viktor Orbán war. So ist es halt mit Leuten, deren einzige Qualifikation für den Einstieg in die Politik die Erfindung des Geilomobils war und deren einziges politisches Ziel von der FPÖ abgekupfert wurde. Fazit: Man darf nicht aufhören, auf solche Tendenzen hinzuweisen.

Univ.-Prof. Dr.
Norbert Richard Wolf (Alln, Rp)
D-97209 Veitshöchheim

ACADEMIA 1/2021: „DER SÄULENHEILIGE DES KOMMUNISMUS, VOM PAPST GEWÜRDIGT“

Guter und richtiger Artikel über Marx/Engels. Und man sieht wieder, wie Theorie und Praxis auseinanderklaffen.

Dr. Peter Ketzner (Baj)
1040 Wien

ACADEMIA 1/2021: „DAS KOPFTUCH UND DIE MENSCHENRECHTE“

Am Tag der Menschenrechte im Dezember habe ich mich wieder einmal bemüht, vom Außenministerium ein sicht- und hörbares Signal zu erwirken. Letztlich scheitert eine solche Unterstützung offenbar an der Religionsfreiheit für den Islam.

Nun ist es ja tatsächlich so, dass sich Österreich juristisch seit mehr als 100 Jahren mit dem Islam beschäftigt, aber bis zum heutigen Tage nicht weiß, was der gläubige Moslem glaubt, und sich daher außerstande sieht, zu einem spannungsfreien Zusammenleben mit Muslimen beizutragen. Wie aus den Erläuterungen zum Islamgesetz 1912 hervorgeht, war dem damaligen Gesetzgeber bewusst, dass die in Teilen der islamischen Welt übliche Polygamie und das Vergeltungsrecht nicht Bestandteil der Gesetzgebung der Monarchie sein können. Dies führte zu einer eingeschränkten Anerkennung der „Anhänger des

Islams nach hanefitischem Ritus“ als Religionsgesellschaft: „Den Lehren des Islams, seinen Einrichtungen und Gebräuchen“ wird Religionsfreiheit nur mit dem Vorbehalt gewährt, dass „sie nicht mit den Staatsgesetzen im Widerspruch stehen“.

Trotz dieser Einschränkung gewährt Österreich bis zum heutigen Tag uneingeschränkte Religionsfreiheit für den Islam in seiner Gesamtheit ohne Bedachtnahme auf die Glaubensinhalte. Damit werden alle islamischen Gesetzwidrigkeiten einschließlich Scharia und die daraus resultierende religiöse Radikalisierung durch die Behörde sanktioniert. Neben der Polygamie und dem Vergeltungsrecht sind hier zum Beispiel das Familienrecht, das Diskriminierungsverbot im EU-Recht, sowie der im Staatsgrundgesetz und in der Bundesverfassung verankerte Gleichbehandlungsgrundsatz zu erwähnen.

Dr. Harald Fiegl (Merc)
1130 Wien

ACADEMIA 1/2021: STRECKE „COVID-IMPfung“

In den Medien bekommen wir täglich den Corona-Dashboard, mit den aktuellen Zahlen für Tote, Hospitalisierte und Neuinfektionen. Als Quelle wird das Gesundheitsministerium angegeben, das den WHO-Empfehlungen folgt. Covid-positiv ohne Symptome an einem



Andreas Unterberger

Das ganz unkorrekte
Tagebuch zu Politik,
Wirtschaft und Gesellschaft

Österreichs meistgelesener
Internet-Blog:

www.andreas-unterberger.at

Verkehrsunfall verstorben, bedeutet ein Covid-Toter im Dashboard. Covid-positiv ohne Symptome wegen Beinbruch oder Geburt im Spital, bedeutet Covid-hospitalisiert. Dass ein PCR-Test nicht zwischen aktiven Viren und RNA-Fragmenten unterscheidet, hat die WHO inzwischen auch erkannt. Man muss jetzt überlegen, warum alle Medien die Bevölkerung weltweit mit solcherart falschen Daten in eine kollektive Massenhysterie versetzen.

Gleichzeitig hat die EU-Kommission zwei Billionen Euro und die EZB 1,85 Billionen Euro zusätzlich zu den nationalen Corona-Hilfsprogrammen zur Verfügung gestellt. Billionen Euro werden unter dem Titel Coronahilfe europaweit von Bürokraten verteilt, ohne Opposition und Kontrolle. 20 Prozent landen bei Geschädigten, 80 Prozent am Aktien- und Immomarkt, und das führt zu einer gigantischen Umverteilung von unten nach oben. Und zu zusätzlichen Schulden zu den bereits vorher nicht bewältigbaren Schulden Südeuropas und

Frankreichs. Inzwischen ist die EU entgegen allen Verträgen und Verboten zu einer Schuldenunion geworden, und niemand fühlt sich für diese explodierende Verschuldung verantwortlich. Von der Leyen hat ihr Problem elegant gelöst. Die EU-Kommission beginnt mit der Rückzahlung im Jahr 2028, da ist sie nicht mehr im Amt. Einnahmen für die Rückzahlung gibt es keine. Inzwischen verkündet sie, dass wir am Beginn einer neuen Ära von Pandemien stehen, während WHO-Chef Tedros vor noch viel gefährlicheren Viren warnt, die nach Corona auf uns zukommen. Spielen wir da alle mit?

Zu Mag. Otto Schönbauer (Am) sei angemerkt, dass nach dem österreichischen Arzneimittelgesetz jede Werbung für bedingt zugelassene Produkte (befristet auf zwölf Monate wegen der Gesundheitsnotlage) strikt verboten ist. Von einer Impfpflicht überhaupt ganz zu schweigen.

**Dipl.-Ing. Roger
Csaky-Pallavicini (CI)**
CH-9470 Buchs



Ein kleiner
STICH für mich,
ein Wichtiger
für uns alle.



Melden Sie sich für die Corona-Schutzimpfung an.
Und unterstützen Sie auch andere Menschen dabei.
Weitere Infos zur Corona-Schutzimpfung auf www.uniqa.at

Gemeinsam besser leben.

